

271887

Tartu Ülikooli
Filosoofia
Teaduskonnale.

W. Ederberg'i kirjalik töö
magistri astme omandamiseks.
1924. a.

Ederberg, W.

271887

Saksa välispoliitika
ja vastolu keiser Wilhelm II-se
ja würost Bismarck'i wahel,
1888 — 1890.

4c

2360

Kirjutanud
Wilhelm Ederberg.

Tartus, 1924.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat zur Aufgabe die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten über die auswärtige Politik Deutschlands zwischen Kaiser Wilhelm II und Fürst Bismarck in den Jahren 1888 bis 1890 darzustellen und zu begründen. Die Hauptaufmerksamkeit ist dabei auf die Zeit zwischen dem Tritt Wilhelms II. und bis zum Sturz Bismarcks gerichtet. Die Darstellung des Gegensatzes zwischen Kaiser Wilhelm II und Fürst Bismarck, 1888 — 1890.

Von
Wilhelm Ederberg.

Dorpat, 1924.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit hat zur Aufgabe die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten über die auswärtige Politik Deutschlands zwischen Kaiser Wilhelm II und Fürst Bismarck in den Jahren 1888 bis 1890 darzustellen und zu begründen. Die Hauptaufmerksamkeit ist dabei der Zeit vom Regierungsantritt Wilhelms II und bis zum Sturze Bismarcks zugewandt worden.

Ich bin bemüht gewesen den persönlichen Gegensatz möglichst völlig beiseite zu lassen; nur diejenigen Tatsachen aus den persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II und Fürst Bismarck wurden herangezogen, welche mir notwendig erschienen zum besseren Verständnis der Entwicklung der Ansichten. Es kam mir, weiter, nicht darauf an die gegenseitigen Anschauungen erschöpfend darzustellen; sondern der Schwerpunkt wurde auf diejenigen Ansichten gelegt, welche den Gegensatz hervortreten lassen.

Von den bisher erschienenen Darstellungen bringen P. Haake, F. Rachfahl und O. Becker neue Gesichtspunkte; doch auf den Gegensatz der Anschauungen des Kaisers und des Kanzlers wird bei Rachfahl und Becker nicht direkt eingegangen. Rachfahl referiert über den von mir behandelten Zeitraum ganz

- 1) Rochfahl, Seite 22-34.
- 2) Becker, Seite 130-149.
- 3) Haake, " 20-48.
- 4) Kaiser Wilhelm, S. 45
- 5) Kaiser Wilhelm, S. 9-10 und 12-15.

kurz Waldersee's Denkwürdigkeiten¹⁾ und legt dabei das Hauptgewicht auf die Entwicklung des persönlichen Gegensatzes. Becker behandelt nur die Aussenpolitik Bismarcks.²⁾ Wohl behandelt Haake, wenn auch kurz, den Gegensatz der Ansichten,³⁾ gibt aber keine Darstellung der Entwicklung dieser Meinungsverschiedenheiten. Auch ist die Darstellung Haake's zu nicht geringem Teil infolge der Veröffentlichung der Tagebuch-Notizen Waldersee's schon überholt.

Grundlage meiner Arbeit sind die veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes. Die vervollstete Ergänzung zu ihnen waren für mich die Tagebuch-Notizen des Feldmarschalls Grafen von Waldersee in seinen „Denkwürdigkeiten“, vornehmlich in bezug auf den Kaiser, wegen der intimen Beziehungen Waldersee's zu letzterem. Der Wert der Arbeit Kaiser Wilhelms II („Ereignisse und Gestalten“) — zur Feststellung seiner Ansichten über die auswärtige Politik — liegt nicht so sehr in dem, was er mitteilt, sondern vielmehr in dem, was er verschweigt: auf die Gründe seines Gegensatzes zur Aussenpolitik Bismarcks geht er näher gar nicht ein; er begnügt sich in bezug auf die Politik gegenüber Rußland mit wenigen Worten von zusammen 10 Zeilen⁴⁾, während er der Aussenpolitik Bismarcks im Jahre 1878 — welche der Kaiser als einen schweren Fehler des Kanzlers ansieht — ganze 5 Seiten widmet;⁵⁾ auf

Grund dieses Tatbestandes muß die Folgerung gezogen werden, daß Kaiser Wilhelm II eine polemische Auseinandersetzung über sein Verhalten zur Aussenpolitik Bismarcks hat vermeiden wollen, was wiederum den Darstellungen Bismarcks und seiner Anhänger erhöhte Bedeutung verleiht.

Von den Darstellungen habe ich hauptsächlich nur diejenigen für meine Arbeit herangezogen, deren Auffassungen durch die neuesten nach 1918 erfolgten Akten- und Memoiren-Veröffentlichungen nicht schon überholt sind.

Von den Veröffentlichungen und Arbeiten habe ich leider nicht die Möglichkeit gehabt zu benutzen: „Kaiserreden. Reden, Erlasse, Briefe, Telegramme Kaiser Wilhelms II“, herausgegeben von O. Klausmann, Leipzig 1902, und H. Delbrück „Kaiser und Kanzler“ (Preussische Jahrbücher, April 1920).

Dorpat, im März 1924.

Literaturverzeichnis.

A. Akten und Memoiren:

1. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes; herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Band II, IV, V., VI. Berlin 1922; und Band VII, Berlin 1923. (Vornehmlich Band VI.) [zit. Akten]
2. Waldersee, Alfred Graf von, Denkwürdigkeiten, herausgegeben von H. O. Meisner. Band I. und II. Stuttgart und Berlin 1923. [zit. Waldersee]
3. Eppstein, Georg Freiherr von, Fürst Bismarcks Entlassung. Nach den hinterlassenen, bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Dr. Karl Heinrich von Boetticher und des Chefs der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck Dr. Franz Johannes von Rottenburg. Berlin 1920. [zit. Eppstein].
4. Bismarck, Otto Fürst von, Gedanken und Erinnerungen. Band III. (Erinnerung und Gedanke). Stuttgart und Berlin 1919. [zit. Bismarck]
5. Wilhelm II, Kaiser, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918. Leipzig und Berlin 1922. [zit. Kaiser Wilhelm]
6. Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten; herausgegeben von F. Curtius. Band II. Stuttgart und Leipzig 1906. [zit. Hohenlohe]
7. Hofmann, Hermann, Fürst Bismarck 1890-1898. Band I. Stuttgart und Berlin 1922. (9. bis 11. Aufl.). [zit. Hofmann]

8. Pribram, Alfred Francis, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Nach den Akten des Wiener Staatsarchivs. Band I. Wien und Leipzig 1920. [zit. Pribram].
9. Lucius von Ballhausen, Freiherr, Bismarck-Erinnerungen. Stuttgart und Berlin 1921. [zit. Lucius].
10. Hammann, Otto, Zwei Vorgeschichte des Weltkrieges, Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906. Berlin 1918. [zit. Hammann].
11. Eckardstein, Hermann Freiherr von, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten. Band III. (Die Isolierung Deutschlands). Leipzig 1921. [zit. Eckardstein].
12. Hahn, Ludwig, Fürst Bismarck. Band V. Berlin 1891. [zit. Hahn].

B. Darstellungen.

1. Becker, Otto, Bismarcks Bündnispolitik (Bismarck und die Einkreisung Deutschlands, Erster Teil), Berlin 1923. [zit. Becker].
2. Rachfahl, Felix, Die Umwälzung der neuesten Geschichtsschreibung durch die letzten Quellen der Bismarckzeit (Einzelschriften zur Politik und Geschichte, herausgegeben von Dr. Hans Roeseler. Erste Schrift.). Berlin 1923. [zit. Rachfahl].

3. Haake, Paul, Bismarcks Sturz (Schriften der historischen Gesellschaft zu Berlin, Herausgegeben von Dietrich Schäfer. Heft 2.) Berlin 1922. [Zit. Haake].
4. Blum, Hans, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks. Politische Geschichte von 1871 bis 1890. Leipzig und Wien 1893. [Zit. Blum].
5. Taube, Alexander von, Fürst Bismarck zwischen England und Rußland. Ein Beitrag zur Politik des Reichskanzlers in den Jahren von 1871 bis 1890. Stuttgart 1923. [Zit. Taube].

II

III

Inhaltsübersicht.

	Seite
I. Teil: Wilhelm (II) als Prinz und Kronprinz, Fürst Bismarck, und die auswärtige Politik.	1
II. Teil (Haupt-Teil): Die auswärtige Politik und die Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks unter der Regierung Kaiser Wilhelms II:	
1. Die Petersburger Reise Kaiser Wilhelms II, im Juli 1888.	17
2. Die Nachrichten über die russi- schen Rüstungen im Herbst 1888.	23
3. Die Zeit vom Oktober 1888 bis zum Mai 1889.	26
4. Die türkische und die schweizer Angelegenheit.	32
5. Die russische Konvertierungs- Anleihe, Juni-Juli 1889.	35
6. Der Farenbesuch in Berlin und seine Folgen, Oktober 1889 bis März 1890.	54
7. Die Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew, März 1890.	65
8. Der Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland.	66
9. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England von 1888 bis 1890.	73
III. Teil. Schlußübersicht.	74

I. Teil.

Wilhelm (II) als Prinz und Kronprinz, Fürst Bismarck, und die auswärtige Politik.

In der ersten Hälfte der 80-er Jahre des 19. Jahrhunderts trat Prinz Wilhelm, der nachmalige Kaiser Wilhelm II, in den Dienst des Auswärtigen Amts. Über seine damalige Auffassung über die außenpolitische Lage Deutschlands und über seine Stellung zur Außenpolitik des Fürsten Bismarck ist auf Grund der darüber in den veröffentlichten diplomatischen Akten enthaltenen spärlichen Bemerkungen keine Möglichkeit eine Vorstellung zu erhalten.

Wohl aber ist möglich aus der eignen Arbeit Kaiser Wilhelms II. Aufschluß darüber zu erlangen. Er erwähnt, daß Bismarcks Interesse auf den Kontinent Europas beschränkt gewesen sei, und dieser deswegen die besondere Bedeutung, die England in der Politik zukäme nicht genügend in Rechnung genommen habe. Bismarck habe die Bedeutung der Kolonien für Deutschland nicht erkannt, indem er sie nur als Taunkobjekte benutzt habe, anstatt deren Bedeutung für den Handel in Betracht zu ziehen und dementsprechend zu dessen Schutze auch eine starke Flotte zu bauen. Bismarck sei aber bei dem Erwerb von Kolonien für Deutschland dennoch zur Außenpolitik über Europa hinaus gezwungen gewesen.

1) Kaiser Wilhelm, Seite 6-17.

1) Kaiser Wilhelm, S. 9 ff.

2) vgl. auch Waldersee's Meinung über dieselbe Angelegenheit: Waldersee I, S. 408 (Notiz vom 23. Juni 1888). Es ist auf Grund dieser Notiz zu vermuten, wenn auch nicht direkt zu schließen, daß der Kaiser zu obiger Meinung über die Politik Bismarcks in den Jahren 1877/78 unter Waldersee's Einfluß gekommen ist. Waldersee sagt wohl: „Ich möchte dem Kaiser nicht sagen, daß wir früher in Bezug auf den Orient eine falsche Politik getrieben haben“. Doch kann er, wenn auch indirekt, den Kaiser auf solche Gedankengänge gebracht haben.

3) Akten, Band II, S. 262 ff (Nr. 381 ff.).

4) Kaiser Wilhelm, S. 12 ff.

2

Hinsichtlich Bismarcks Orientpolitik 1877/78 bedauert der Kaiser¹⁾ — was er auch Bismarck gesagt habe —, daß der Kanzler, der er doch nach seinen eignen Worten ein Segner des Einverständnisses zwischen Rußland und England gewesen sei, die Russen dennoch nach Konstantinopel nicht gelassen habe; denn im entgegengesetzten Falle wäre der offene Konflikt mit England dagewesen²⁾. Nun sei aber Rußland der Vertrag von San Stefano aufgezwungen worden, welcher bei den Russen erbitterten Haß gegen Deutschland erzeugt habe; und hernach sei der Vertrag von San Stefano durch einen weiteren für Rußland noch ungünstigeren auf dem Berliner Kongress ersetzt worden. Dadurch sei der Konflikt zwischen England und Rußland für längere Zeit vermieden worden. Nach Unterzeichnung des Berliner Vertrages sei Bismarck in das Auswärtige Amt gekommen, habe sich emporgereckt und gesagt: „Jetzt fahre ich Europa viereckig vom Bock!“ Statt dessen sei doch durch den Vertrag statt einer russisch-preussischen Freundschaft eine russisch-französische geschaffen worden, und Lord Beaconsfield habe aus dem „ehrliehen Markertum“ Bismarcks in den Augen Rußlands die Vermittlung eines englisch-österreichischen Erfolges über Rußland gemacht.

Tatsache bleibt allerdings, daß Deutschland mit allen Kräften daran gearbeitet hat einen Bruch zwischen England und Rußland zu verhindern³⁾.

Kaiser Wilhelm bemerkt noch zur Angelegenheit des Bosphorus und der Dardanellen⁴⁾, daß

- 1) Kaiser Wilhelm, S. 15 f.
- 2) Hammann, S. 47. Die genannte Äußerung des Zaren kann aber nur der Ausfluß einer Augenblicksstimmung sein, wie weiter unten, Seite 11. (Anmerkung) dargelegt ist.
- 3) Akten VI, S. 304—307.
- 4) Bismarck III, S. 136—141; auch Akten VII, S. 307 ff.

3

1886 Bismarck beschlossen hätte den Russen kein Hindernis zu bereiten um nach Konstantinopel zu gelangen, und daß er — Prinz Wilhelm — den Auftrag damals erhalten habe nach Petersburg zu fahren, um dem Zaren Alexander III direkt Konstantinopel und die Dardanellen anzubieten: damit sei also der Berliner Vertrag von 1878 fallen gelassen worden. Der Kaiser läßt dabei die Frage offen, ob Bismarck seine politische Auffassung geändert habe oder auf Grund der veränderten politischen ihm die Zeit für gekommen geahnt habe Konstantinopel und die Dardanellen anzubieten, oder ob, endlich, Bismarck von vornherein den großangelegten Plan gehabt habe anfangs (1878) den Engländern entgegenzukommen um später wieder dasselbe Rußland gegenüber zu tun.

Hinsichtlich Bismarcks Meinung, daß Alexander III ihm sein Vertrauen geschenkt habe, bemerkt noch der Kaiser¹⁾, daß, als er den Zaren 1890 in Narwa besuchte, der Zar ihm gesagt habe, daß er Bismarck gegenüber immer voll Mißtrauen gewesen sei — eine Äußerung des Zaren, deren Tatbestand auch O. Hammann bestätigt, der damals zugegen war.²⁾

Als Kronprinz wurde der nachmalige Kaiser Wilhelm II schon im März 1888 zum Mitregenten des kranken Kaisers Friedrich ernannt. Aus diesem kurzen Zeitraum stammen zwei beachtenswerte Schreiben: das eine von Bismarck vom 9. Mai 1888³⁾; das andere vom Kronprinzen Wilhelm vom 10. Mai⁴⁾, als Antwort auf den Brief des Kanzlers.

1) Akten VI, S. 301ff.

Anlaß zu Bismarcks Schreiben an den Kronprinzen vom 9. Mai 1888 waren die zustimmenden Randbemerkungen des Kronprinzen: zu der Bemerkung des Prinzen Reuß, deutschen Botschafters in Wien, in seinem Brief vom 28. April, daß die Generalstabsoffiziere in Berlin und Wien Recht gehabt haben würden, wenn sie im Herbst 1887 rieten die russische Macht zu „zertrümmern“; und zu dem Konzept der Antwort des Kanzlers an den Prinzen Reuß vom 3. Mai, wobei der Kronprinz die Ansicht vertritt, daß Rußlands militärische Macht zu zertrümmern garnicht im Bereich der Unmöglichkeit liege, wie Bismarck es glaube.¹⁾

Die beiden Briefe vom 9. und 10. Mai 1888 geben — gekürzt — folgende Gedankengänge wieder.

Bismarck hebt im Brief vom 9. Mai hervor, daß der voraussichtlich baldige Regierungsantritt des Kronprinzen dessen Randbemerkungen erhöhte Bedeutung verleihe, weshalb er — Bismarck — sich genötigt sehe, ~~solche~~ solche Aktenstücke völlig zu sekretieren; denn die Beamten, denen solche Schriftstücke zugänglich seien, würden bei erfolgendem Regierungswechsel dem Auslande und auch Inlande gegenüber nicht mehr mit der nötigen Sicherheit die bisherige friedliche Politik vertreten können, wenn in den Schriftstücken neben friedlichen Wendungen kriegerische Ausdrücke vorkämen; das könnte bei den Verbündeten den Eindruck über deutsche Unaufrichtigkeit hervorrufen, was gefährlicher sei, als eine entschlossene Absicht Krieg zu führen; für solch eine Politik

könne er — Bismarck — keine Verantwortung übernehmen.

Der Kronprinz, in seiner Antwort vom 10. Mai, erklärt, daß ihm fern liege die bisherige friedliche Politik durch eine kriegerische zu ersetzen oder den Entscheidungen der politischen Leitung vorgreifen zu wollen; er habe nur auf die Pflicht und das Recht des Generalstabes aufmerksam machen gewollt seine Ansichten über die Lage vertreten zu können und insbesondere auf die günstige militärische Lage Deutschlands im Herbst 1887 für einen Angriff auf Rußland hinweisen wollen¹⁾; er werde sich aber in Zukunft jeglicher Randbemerkungen auf politischen Berichten unterlassen.

Man sieht aus diesen Bemerkungen des Kronprinzen, daß letzterer die Argumentationen Bismarcks zum großen Teil anerkennt und in Zukunft die Absicht hat in der Praxis die Forderungen Bismarcks mehr als bisher in Betracht zu ziehen.

Des weiteren ist der größere Teil des Briefes Bismarcks als auch der Antwort des Kronprinzen Wilhelm aber grundsätzlichen Auseinandersetzungen über Fragen der auswärtigen Politik gewidmet, wobei im Mittelpunkt die Frage steht, ob die damalige auswärtige Lage Rußland gegenüber eine zurückhaltende, vorsichtige Politik erfordere, oder nicht.

Veranlaßt durch die Randbemerkungen des Kronprinzen zu Bismarcks Antwort schreiben an den Prinzen Reuß vom 3. Mai 1888, erklärt Bismarck — am Beispiel Frankreichs —

1) Hier zeigt sich Waldersee's Einfluss: vgl. Waldersee II, S. 12.

1) vgl. auch Arten VI, S. 303.

6

daß Deutschland in Zukunft ein unversöhnliches Rußland zu erwarten habe, wenn es sich daran machen würde Rußlands „Kampfmittel“ zu zerstören. Es werde auch niemals gelingen die „Kampfmittel“ Rußlands so vollständig zu zerstören, wie es mit denjenigen von Frankreich 1870 gehabt — wegen der Ausdehnung, dem Klima, der Bedürfnislosigkeit und nur einer schutzbedürftigen Grenze Rußlands. Trotzdem aber sei Frankreich schon nach 4 Jahren wieder eine Kriegsmacht gewesen, mit welcher die Politik ernstlich rechnen müssen¹⁾. Deutschland würde also statt eines — 2 — „geborene“ Gegner haben, und von der Unterstützung abhängig sein, welche vor allem Österreich und dann auch England gewähren würden. Italien sei wegen der inneren Verhältnisse als Bundesgenosse nicht sicher. England sei zu sehr mit inneren Angelegenheiten beschäftigt. Auch das Bündnis mit Österreich sei im Hinblick auf die stark ultramontanen, slawisch-russenfreundlichen und in Ungarn und Kroatien französischen freundlichen Elemente ebenfalls nicht ganz sicher. Wenn Rußland und Frankreich als entschiedene Gegner Deutschlands auftreten würden, könnte Österreich — als einziger für Deutschland in Betracht kommender Verbündeter — auf Deutschland ähnlichen Einfluß gewinnen, wie bis 1866, und, wenn es bei Rußland Anschluß finden würde, so anspruchsvoll werden, wie zur Zeit des deutschen Bundestages. Denn die Sicherheit Deutschlands gegenüber Österreich beruhe auf der Möglichkeit sich auch

mit Rußland verständigen zu können, falls Österreichs Forderungen zu hoch gehen würden.

Der Kronprinz dagegen behauptet, Frankreichs Kampfmittel seien 1871 gar nicht genügend zerstört worden, die Befestigungen von Paris seien nicht geschleift, gar nicht mal völlig deformiert worden, die Flotte sei nicht vernichtet worden, und zum Kampf gegen die Kommune sei Frankreich die Möglichkeit gegeben worden eine neue Armee aufzustellen: das sei, militärisch betrachtet, falsch gewesen, aber politisch völlig durch die Lage in Europa bedingt und damals richtig gewesen. Dagegen würde Rußland nach einem unglücklichen Kriege in ganz anderer Weise kampfunfähig werden; das habe der Krimkrieg gezeigt, als Rußland 20 Jahre lang nachher ohnmächtig gewesen sei und erst 1877 wieder Krieg habe beginnen können. Ohne von Deutschland im geringsten beeinträchtigt worden zu sein, zeige Rußland, trotz der Friedensliebe des Zaren, je mehr Frankreich erstarke die Neigung den günstigsten Augenblick abzuwarten, um mit Frankreich gemeinsam über Deutschland herzufallen: nicht nach einem von Deutschland aus geführten Angriffskriege, sondern nur infolge der Interessengemeinschaft und des gemeinsamen Gegensatzes der Panlawisten und der französischen Republikaner gegen Deutschland als Hort der Monarchie. Beide Gegner verstärkten systematisch ihre Kampfmittel an den wichtigsten Grenzorten, ohne provoziert zu sein. Er, der Kronprinz, erkenne an, daß es Bismarck gelungen sei bisher Deutsch-

1) vgl. hierzu die Bemerkungen Bismarcks zu den
Randbemerkungen des Kronprinzen zum
Brief vom 3. Mai 1888: Akten VI, S. 303.

8

land vor Überfällen zu bewahren. Auch
sei ihm bisher gelungen die russischen Zaren
für Deutschland günstig zu stimmen; doch
sei nicht sicher, wie lange das noch währen
würde: Anzeichen seien vorhanden, daß die
Franzosen und Russen ihre Kampfmittel bald
für genügend entwickelt halten würden, um
gegen Deutschland loszuschlagen. In solch
einem Falle wachse der Wert der Bundesge-
nossen Deutschlands; doch dürfte ihnen kein
entscheidender Einfluß auf die Politik
Deutschlands zugebilligt werden. Mit Ita-
lien, als Staat romanischen Stammes, sei
als Bundesgenosse nicht bestimmt zu
rechnen. Deshalb — das ist die Folgerung des
Kronprinzen — müsse der Krieg besser früher,
als später geführt werden. Die Gegner würden
natürlich versuchen Deutschlands Verbündete
abwendig zu machen. Deshalb müsse aber jeg-
liche Begünstigung Alexanders von Battenberg
unterbleiben; denn Österreich betrachte die
Angelegenheit Battenberg als seine besondere
Angelegenheit, und Rußland würde dann die
Schattenfreude haben Österreich von Deutschland
getrennt zu sehen. Ein Krieg gegen Rußland wegen
Battenberg würde in Deutschland aber unpo-
pular sein, und Rußland würde dann mühe-
los Deutschland als den Schuldigen bezeichnen
können. (In bezug auf Battenberg empfiehlt dage-
gen Bismarck, falls der Krieg doch geführt wer-
den müsste, als Reizmittel Rußlands die ent-
gegengesetzte Taktik).

Im Gegensatz zum Kronprinzen er-
klärt Bismarck, er glaube nicht, daß der
frühere Krieg der bessere sei. Er rechne

aber zugleich damit, daß der Kronprinz bei seiner Meinung verharren werde. In solch einem Fall aber hätte schon seit längerer Zeit die deutsche Politik auf den Krieg eingestellt werden müssen: mit Hilfe der Battenberg'schen Angelegenheit Rußland zum Angriff auf Österreich gereizt werden; bei geheimem diplomatischen Verfahren sei das durchaus nicht ausgeschlossen. Darum dürfte Rußland auch nicht durch eine österreichische Opposition gehindert werden in die "Sackgasse" von Konstantinopel hineinzugehen; denn, fälle diese Opposition fort, würde auch die Zurückhaltung Rußlands aufhören: der Rückversicherungsvertrag gewährte nämlich Rußland den Vorstoß auf Konstantinopel.

In einem nur stimmen Bismarck und der Kronprinz überein; daß, falls ein Krieg gesucht werden müßte, es vorteilhafter wäre ihn gegen Westen zu beginnen; denn mit dem Angriff Frankreichs auf Deutschland rechnen beide fest, ebenso auch mit den günstigeren Aussichten Deutschlands beim Kriege gegen Westen, als gegen Osten, sowohl aus militärischen Gründen als auch aus der Erwägung heraus, daß beim Angriff auf Rußland ein Krieg mit Frankreich von selbst folgen würde, während beim Angriff auf Frankreich ein Angriff von Seiten Rußlands nicht unbedingt zu folgen wäre.

Auf Grund der beiden Briefe ist aus dem angeführten Wettstreit der Meinungen zu entnehmen, daß Bismarck am anstößigsten war, daß die militärischen Kreise

- 1) Bismarck III, S. 141.
- 2) Waldersee I, S. 334 (17. Nov. 1887) und S. 337 (23. Nov. 1887); Waldersee II, S. 12 (28. Okt. 1888).
- 3) Waldersee I, 395 und 399 (Notizen vom 10. Mai 1888).

Deutschlands auf die Außenpolitik einzuwirken versuchten. Das bestätigen die Randbemerkungen Bismarcks zu dem genannten Schreiben des Kronprinzen vom 10. Mai¹⁾, aus welchem Bismarcks Ansicht über des General-Quartiermeisters Grafen Waldersee Einfluß auf den Kronprinzen hervorgeht. Diese Randbemerkungen des Kanzlers zeigen, daß Bismarck unter den „militärischen“ Einflüssen auf den Kronprinzen Wilhelm fast ausschließlich den Einfluß des Generals Grafen Waldersee meint. Doch auch die „Denkwürdigkeiten“ Waldersee's selbst bestätigen die Richtigkeit dieser Ansicht Bismarcks. Der Kronprinz gibt in seinem Brief vom 10. Mai in wesentlichen Gedanken wieder, wie sie Waldersee aus derselben Zeit (1887 und Anfang 1888) allenthalben in seinem Buch vertritt: so, vor allem die Meinung, daß Deutschland schon im Herbst 1887 einen Angriffskrieg gegen Rußland hätte führen müssen, und daß die Zeit nun verpasst worden sei.²⁾ Auch bei der Abfassung des Briefes des Kronprinzen scheint Waldersee direkt beteiligt gewesen zu sein. Waldersee bemerkt hier u. a.: „... Warhaft erfreuend ist es zu sehen, wie furchtlos der Kronprinz ist. Hierin liegt auch die Stimmung des Kanzlers gegen mich begründet...“³⁾ Merkwürdig ist aber zugleich, wie Waldersee in derselben Notiz [vom 10. Mai] nicht zugeben will, daß er die Triebfeder zum „Loschlagen“ sei.

Bismarcks Unwillen über den Einfluß der Militärkreise auf die Politik bestätigt, weiter, das Schreiben des Kanzlers an

1) Akten VI, S. 57 ff.

2) Akten II, S. 66-69.

3) Pribram I, S. 6-9, 24 ff. und 42 f.

vgl. auch Akten V, S. 288 ff.; Akten III, S. 245 ff.
und Akten IV, S. 257 ff.

4) Akten VI, S. 59.

5) Die Bemerkung des Kaisers in seinem Buch (S. 16, Anmerkung) über die Mißtrauensäußerung Alexanders III in bezug auf Bismarck, braucht als Augenblicksstimmung — nicht im Widerspruch mit letzterer Bemerkung des Kronprinzen vom 10. Mai zu stehen. Nach der Darstellung Becker's (S. 75, auch S. 72), habe Katkow den Zaren mißtrauisch „gemacht“. Auf Grund von Äußerungen Bismarck's über diese Zweifel des Zaren (Akten VI, S. 359-361) kann das Mißtrauen nur ein vorübergehendes gewesen sein.

11.

den Chef des Militärkabinetts General von Albedyll vom 19. Dez. 1887¹⁾ und dasjenige an den Prinzen Reuß vom 27. Dez. desselben Jahres²⁾: das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 und die Dreibundverträge seien ausschließlich Defensivbündnisse³⁾; deshalb dürfte kein Krieg gegen Rußland provoziert werden durch Bestrebungen, — welche ja auch auf die Dauer nach Bismarck's Meinung nicht geheim bleiben könnten — das deutsch-österreichische Bündnis zu einem militärischen auszubauen, wie ~~es~~ im Herbst 1887 versucht worden sei.

Bismarck wollte, weiter, ~~auch~~ sowohl die Angriffslust Österreichs vermindern, als auch verhindern, daß Deutschlands Kraft vergeudet würde für überwiegend österreichische Interessen⁴⁾. Das glaubte Bismarck zu erreichen durch eine Anlehnung an Rußland.

Bismarck's Politik gegenüber Rußland beruhte im wesentlichen darauf, daß er bestrebt war den Frieden mit Rußland dadurch zu erhalten, daß er die russischen Kaiser für Deutschland günstig zu stimmen versuchte; der Kronprinz in seinem Brief vom 10. Mai an den Kanzler ist ~~auch~~ der Meinung, daß das ihm ^{auch} gelungen sei.⁵⁾

Obwohl Bismarck über die Bedeutung der panslawistischen Agitation für das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland völlig im klaren war, baute er aber gerade darauf seine Politik gegenüber Rußland, daß er den Gegensatz zwischen dem Zaren und den Panslawisten richtig

einschätzen verstand. Dieses kann man aus den Ausführungen O. Becker's erschn. Gerade die Tatsache, daß der Rückversicherungsvertrag mit Rußland geheim war, kam dem Faren sehr zustatten¹⁾. [Auf Grund dieses geheimen „Rückversicherungsvertrages“ gewährleistete Deutschland seine wohlwollende Neutralität beim Vormarsch der Russen auf Konstantinopel²⁾. Es ist dies um so bemerkenswerter, als zur selben Zeit Rußlands Ohnmacht gegenüber den Ereignissen in Bulgarien immer mehr offen hervortrat, wo der Fürst Ferdinand seine Stellung mehr und mehr befestigte].

Bismarck war durchaus nicht für eine Freundschaft mit Rußland um jeden Preis: trotz des Rückversicherungsvertrages empfand er — wie gesagt — deutlich die Gefahr, welche von Seiten der panslawistischen Strömung Österreich drohte. Deswegen regte er schon im Dezember 1886 geheime Bündnisverhandlungen zwischen England und Italien an: ich verweise hier auf die Aufzeichnung von Herbert Bismarck vom 27. Dez. 1886 über diese Angelegenheit³⁾. (Die Verhandlungen führten im Dez. 1887 zum Orientabkommen zwischen England, Österreich und Italien). Bismarck wollte vor allem nicht haben, daß die Österreicher, ohne eine aktive Unterstützung durch England sicher zu sein, ihre Vorbereitungen zu einem Kriege gegen Rußland offen träfen; er sagt im Brief an den Prinzen Reuß vom 15. Dez. 1887: „Als Belege angeblicher Provokationen Österreichs werden die Russen eher offiziöse Zeitungsartikel ansehen,

- 1) Becker, S. 75f.
- 2) Akten V, S. 253-255.
- 3) Akten IV, S. 223-225; vgl. auch Becker, S. 83 und Nachfahle S. 22.

- 1) Akten VI, S. 27.
- 2) Akten IV, S. 341 f.
- 3) Akten IV, S. 376-380.

welche, wie kürzlich ein *communiqué* des „Wiener Fremdenblatts“, offen von österreichischen Vorbereitungen sprechen. Prophylaktische Maßnahmen, welche als Warnungen dienen sollen, pflegen weniger zu reizen, wenn sie stillschweigend angebahnt, als wenn sie öffentlich in Zeitungsartikeln angekündigt werden. — Sich mit der Kriegsbereitschaft zu rühmen und zu brüsten, ist immer bedenklich. Ich möchte glauben, daß es richtiger wäre, wenn die Österreicher nach russischem Vorgange in den Zeitungen sagen lassen, daß nichts geschehe, heimlich aber alles tun, was ihr Generalstab für nützlich hält. Ein herausfordernder Zeitungsartikel nützt nichts und macht im Sinne der Provokation mehr Lärm als eine vorgehobene Division“¹⁾

In bezug auf Bismarcks Ansicht über die Gefahr, die von Seiten Russlands Deutschland gedroht haben wird, mag hier eingehalten werden, daß sich in dieser Beziehung im Herbst des Jahres 1887 eine Wandlung vollzogen hatte. Während Bismarck im Brief an den deutschen Botschafter in London Grafen von Hatzfeld vom 8. Aug. 1887²⁾ noch die feste Überzeugung ausspricht, daß von Seiten Russland Deutschland keinerlei Gefahr drohe, treten im Brief an Salisbury vom 22. Nov.³⁾ schon ernste Besorgnisse des Kanzlers bezüglich Russlands hervor.

Die politischen Beziehungen Deutschlands zu England berührt Bismarck im Brief vom 9. Mai nur mit einem kurzen Satze. Wohl charakterisiert er aber die Richtung der deutschen

- 1) Akten IV, S. 339.
- 2) Taube, S. 36, 37, 40-43.
- 3) Taube, S. 56 f.
- 4) Taube, S. 132.
- 5) Akten IV, S. 376-380.

14

Politik im geheimen Brief an den Grafen Hatzfeld vom 8. Aug. 1887 wie folgt: „Wir halten als Richtschnur für die deutsche Politik die Linie fest, welche wir für die Verständigung Österreichs und Rußlands vorgeschlagen hatten; d. h. wir stimmen in bulgarischen Fragen mit Rußland, in serbischen mit Österreich, ebenso wie in ägyptischen mit England...“¹⁾ Bismarck glaubte im Interesse der deutschen Politik den Erwerb Ägyptens durch England begünstigen zu müssen. Auch hatte er vor 1888 schon Bündnisangebote an England gemacht. Als infolge des Berliner Kongresses die panslawistischen Drohungen gegen Deutschland hochgingen, hat er erste Bündnisverhandlungen mit dem englischen Ministerpräsidenten Lord Beaconsfield geflogen²⁾, die aber ins Stocken gerieten, als der englische Premierminister auf keine Verpflichtungen gegen Frankreich eingehen wollte, und dann im April 1880 sich völlig zerbrach, als Beaconsfield gestürzt wurde und Gladstone zur Regierung kam³⁾. Auch Anfang 1887 scheint Bismarck England ein Bündnisangebot gemacht zu haben, doch ebenfalls ohne Erfolg.⁴⁾ Durch den Brief an Salisbury vom 22. Nov. 1887⁵⁾ versuchte Bismarck wiederum engere Beziehungen mit England anzuknüpfen, ebenfalls ohne Erfolg. Diese Erfolglosigkeit seiner Bündnisverhandlungen mit England muß dem Umstand zugeschrieben werden, daß England auf ein enges Bündnis mit Deutschland weniger angewiesen war, als umgekehrt. Übrigens ist auch Bismarck bestrebt gewesen den Schein zu vermeiden, als ob Deutschland der Hilfe Englands

um jeden Preis bedürfte; er sagt anderweitig¹⁾,
 in bezug auf die Politik nach seinem Sturz,
 daß es England gegenüber — ebenso wie
 auch gegenüber Österreich — nicht passend sei
 so aufzutreten, als ob Deutschland der
 englischen Hülfe mehr bedürfte, als umgekehrt;
 denn England sei doch im Hinblick auf den
 Gegensatz zu Rußland und Frankreich im
 Orient und in Indien auf den Beistand Deut-
 lands angewiesen. —

Und nun zu den Ansichten Wil-
 helms II vor seinem Regierungsantritt.

Während Wilhelm II als Prinz und Kron-
 prinz gegen Ende 1887 und Anfang 1888 einen
 Präventivkrieg gegen Rußland für Deutschland
 sehr aussichtsvoll hielt, war er aber Eng-
 land gegenüber ebenfalls nicht wohlgesicht; aus
 grundsätzlicher Abneigung gegen das Englische,
 wie wir weiter unten sehen werden. Dieses bestä-
 tigen mehrere überlieferte Schriftstücke. Im
 Bericht des Grafen Hatzfeld an Bismarck vom
 19. Nov. 1887, heist es u. a. i. „... Das [englische]
 Kabinett stehe unter dem Eindruck der
 so tief betrübenden Nachrichten über den
 Gesundheitszustand Seiner Kaiserlichen
 Hoheit des Kronprinzen [Friedrich] und könne
 sich angesichts dieser erschütternden Nach-
 richten der ersten Sorge nicht verschließen,
 daß über kurz oder lang eine den englischen
 Interessen nachteilige Wendung in unserer
 Politik eintreten könnte. Seine Königli-
 che Hoheit Prinz Wilhelm sei ein sehr junger
 Herr, mit den vorzüglichsten Eigenschaften
 ausgestattet, dessen lebhaft russische Sympathien
 [hierzu als Randbemerkung von Seiten Bismarcks: ein Fragezeichen]

1) Bismarck III, S. 133.

1) Akten IV, S. 368-373.

2) Lucius, S. 243 f.

3) Akten VII, S. 328, 329 und 331.

4) vgl. hierzu die ähnliche Äußerung Bismarck's:
Bismarck III, S. 134/135.

kein Geheimnis wären. Die Besorgnis sei daher nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen später eine neue und festere Verständigung mit Rußland zustande komme, aus welcher eine aktive Unterstützung Rußlands im Orient gegen die Mächte hervorgehen könnte ...¹⁾ Diese damaligen Besorgnisse der Engländer in bezug auf Wilhelm II erhalten ihre Berechtigung durch eine Äußerung des preussischen Landwirtschaftsministers Lucius schon aus dem Jahre 1882 (16. Dez.)²⁾: es handelt sich hier um einen Besuch des Prinzen Wilhelm bei Bismarck, wobei der Prinz seiner Unzufriedenheit Ausdruck gegeben habe über die seiner Meinung nach zu englandfreundliche Haltung Bismarck in der ägyptischen Angelegenheit; Bismarck habe dagegen erklärt, diese seine Haltung sei nötig gewesen, um durch das entgegenkommen England gegenüber eine englisch-französische Allianz zu verhindern.

Eine weitere Bestätigung, zugleich auch ein Eingehen auf die Gründe der Abneigung Wilhelms II gegen England bis in die erste Zeit seiner Regierung, liefert Graf Herbert Bismarck, der damalige Staatssekretär des Äußeren, durch seine Aufzeichnung über seine Unterredung mit Alexander III vom 25. Juli 1888: Herbert Bismarck behandelt hier u. a. den heftigen Gegensatz zwischen Kaiser Wilhelm II und seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich³⁾, und erklärt ihn durch die verschiedenen nationalen Sympathien: die Mutter fühle sich als Engländerin, der Sohn sei aber „preussisch“ gesinnt⁴⁾. Auch Waldorsee äußert sich ähnlich, und macht auch auf

die politische Seite des Gegensatzes auf-
merksam¹⁾.

Man sieht hieraus, daß die aggressiven
Absichten Wilhelm II gegen Rußland nicht
eo ipso eine politische Hinneigung zu Eng-
land bedingten.

II. Teil.

Die auswärtige Politik und die Zeit
der Kanzlerschaft Bismarcks unter der
Regierung Kaiser Wilhelms II.

1. Die Petersburger Reise Kaiser Wil- helms II, im Juli 1888.

Mitte Juni 1888 wurde Kronprinz Wilhelm
Kaiser.

Die veröffentlichten Akten des auswärti-
gen Amtes berichten nichts wesentliches über
die Auffassung Kaiser Wilhelm II über die außenpo-
litische Lage und über die Stellungnahme
zur Außenpolitik Bismarcks in der ersten Zeit
nach dem Regierungsantritt.

Nur im Schreiben des Kaisers an Kaiser
Franz Joseph vom 24. Juni 1888²⁾ sagt der deutsche
Kaiser, daß er fest am traditionellen Verhält-
nis zu Österreich festhalte, um des Friedens
willen die Beziehungen zu Kaiser Alexander III

1) Waldersee I, S. 240, auch S. 249.

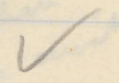
2) Akten VI, S. 310.

- 1) Kaiser Wilhelm, S. 21.
- 2) Kaiser Wilhelm, S. 21 f.

pflegen und „in ostensibler Weise alle in Rußland wie in Frankreich verbreiteten Verleumdungen seiner [und des österreichischen Kaisers] Friedensliebe dadurch widerlegen werde, daß er dem Kaiser Alexander in naher Zeit einen Besuch abstatte“. Nähere Aufklärung über den eigentlichen Grund zur Petersburger Reise gibt Kaiser Wilhelm in seinem 1922 erschienenen Buch; die Stelle lautet hier wie folgt: „Der Fürst, der bei den letzten Stunden des alten Kaisers anwesend war und dessen „politisches Testament“ an seinen Enkel, nämlich die besondere Pflege der Beziehungen zu Rußland, mit angehört hatte, veranlaßte die Sommerreise nach Petersburg als erste politische Aktion vor der Welt, um nach dem letzten Willen des sterbenden Großvaters das Verhältnis zu Rußland zu unterstreichen. Er ließ auch „Reisedispositionen“ für mich aufstellen“¹⁾.

Die Reise des Kaisers nach Rußland hat also Bismarck veranlaßt und vornehmlich zur Pflege der Beziehungen zu Rußland; also nicht nur um des Friedens willen um jeden Preis oder zur Widerlegung von Verleumdungen über seine Friedensliebe. Man sieht auch, wie der Kaiser damals versucht hat sich den politischen Forderungen Bismarcks unterzuordnen. Dementsprechend wurde auch ~~die Antwort~~ auf die Forderung der Königin Viktoria von England den ersten Besuch in England abzustatten, abgewiesen.²⁾

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Petersburg fand am 20.-24. Juli statt. Auf Grund des Briefes Bismarcks an den Prinzen Reuß vom



- 1) Akten VI, S. 339-341.
- 2) Akten VI, S. 311-314.
- 3) Im ersten Teil meiner Arbeit.
- 4) Die in der "Promemoria" niedergelegten Ansichten Bismarck's sah ich mich bewogen hier im wesentlichen auszuführen, weil sie eine Ergänzung zu den bisher dargelegten Ansichten Bismarck's bilden.

2. Aug. 1888¹⁾ sei der Besuch „zufriedenstellend und Absicht entsprechend verlaufen, in der er unternommen wurde“. Diese „Absichten“ sind von Bismarck in seiner „Promemoria für Seine Majestät den Kaiser zur eventuellen Besprechung mit dem Kaiser von Rußland“ (Auf. Juli 1888) niedergelegt worden. Die hier²⁾ zum Ausdruck gebrachten Ansichten Bismarck's über die politische Lage bilden gewissermaßen eine Ergänzung zu denen im Briefe vom 9. Mai 1888 dargelegten³⁾. Kurz zusammengefaßt ist es folgender Gedankengang⁴⁾. Ein festes Bündnis mit beiden östlichen Kaiserreichen sei schwerlich zu verwirklichen wegen der Verstimmung zwischen beiden. Ein festes sicheres Bündnis sei nur mit Österreich möglich, dem letzteres bedürfe Deutschlands, während das mit Rußland nicht der Fall sei. Deshalb werde auch Deutschland am Bündnis mit Österreich um so sorgfältiger festhalten müssen. Das engere Bündnis mit dem einen Staate bedinge aber noch nicht notwendig die Feindschaft des anderen, wenn man gegen den Bruch des Friedens durch den einen sich die Hülfe des anderen versichere. Die Unsicherheit des Verhältnisses zu Rußland beruhe zum Teil darauf, daß die Politik Rußlands durch den einzelnen ^{Willen!} wie z. B. durch den des Fürsten Gortschakow, und durch die Stimmungen des Kaisers allein gemacht werde; letzterer aber durch falsche Darstellungen der Lage und andere Faktoren leicht umgestimmt werden könne, wie es Deutschland infolge der Ereignisse von 1875 bis 1878 habe erfahren müssen. In Österreich-Ungarn dagegen

Österreich
und Rußland?
Ich bin im Anfang
zu unsicher

hätten am Festhalten am Bündnisse wesentli-
 chen Anteil die Sympathien der Bevölkerung;
 darum sei hier eine plötzliche Wendung zur
 deutschfeindlichkeit kaum möglich, um so mehr,
 als Österreich der Anlehnung an Deutschland
 bedürfe. Auch wenn es gelingen sollte ein
 Bündnis mit Rußland zustande zu bringen,
 was aber unwahrscheinlich sei, so gehe letz-
 terem doch das Verständnis für Gleichbe-
 rechtigung der Bundesgenossen ab. Darum
 müsse an Österreich festgehalten werden; sonst
 könnte es Anlehnung an Rußland suchen.
 Rußland dürfe nichts versprochen werden, was
 die Freundschaft Österreichs in Frage stellen
 würde; dagegen müsse man Rußland aber alles
 gewähren lassen, was für Österreich keine Le-
 bensfrage bilde. Tactisch dürfe das Verhal-
 ten Rußland gegenüber nicht den Eindruck
 erwecken, als ob Deutschland es brauchte oder
 Furcht vor ihm hätte; die russische Über-
 hebung würde sonst wieder hoch anheben.
 Darum müsste der erste Besuch des deutschen
 Kaisers in Rußland ohne politischen Ein-
 schlag sein. Insbesondere liebe Alexander III
 unheilichten Verkehr, ohne politisches Interesse.
 Gerade solch ein erster Verkehr werde poli-
 tisch am erfolgreichsten sein. Gegenüber un-
 provoziertem Entgegenkommen sei Alexander III
 dagegen mißtrauisch. Ein öfterer direkter
 Verkehr mit dem Zaren als bisher werde auch
 eventuelle tendenziöse Vorstellungen über
 Deutschland beim russischen Herrscher
 beseitigen. — Sie in der „Promemoria“ wiederge-
 gebenen Ansichten Bismarcks ergänzen somit das im er-
 sten Teil meiner Arbeit dargelegte über den Kanzler.

1) Seite 18/19.

2) Seite 18.

3) Aus der Notiz Waldsee's vom 10. Juli 1888 über die Vorbereitungen zur Rußland-Reise ersieht man, daß der General gegen die Reise gewesen ist (Waldsee I, S. 412.).

In dem oben^D erwähnten Brief Bismarcks vom 2. Aug. 1888 an den Prinzen Reuß sagt ersterer, der Kaiser habe „den Eindruck von Petersburg mitgenommen, daß weder der status quo im Orient, noch der Frieden Deutschlands und seiner Verbündeten von einer Störung durch russische Angriffe oder Provokationen bedroht sei. Seine Majestät hat die Gesinnungen und Absichten des Kaisers Alexander in den intimsten Besprechungen als friedliche konstatieren können und namentlich in betreff Bulgariens den Eindruck erhalten, daß der Kaiser Alexander die dortige Entwicklung der Dinge ohne russische Einmischung abwarten und an den Bestimmungen des Berliner Vertrages bezüglich dieses Fürstentums festhalten werde“; und im selben Briefe vorher sagt Bismarck: „... Es ist für Seine Majestät dem Kaiser erfreulich gewesen, daß die vertraulichen Besprechungen beider Monarchen von Vorschlägen bestimmter Maßnahmen oder Verabredungen auch russischerseits gänzlich frei geblieben sind“.

Wie oben²⁾ bemerkt, hat Bismarck die Reise Kaiser Wilhelms nach Rußland im Juli 1888 veranlaßt. Der Grund, weshalb der Kaiser dieses mal auf den Wunsch des Kanzlers³⁾ einging — statt auf Waldsee zu achten —, mag mehr auf taktische als grundsätzliche Erwägungen zurückgehen, sowohl Bismarck als dem Faren gegenüber. Diese taktischen Erwägungen des Kaisers werden folgende gewesen sein. Erstens, hatte Kaiser Wilhelm II Vertrauen in die Macht

- 1) Acten VI, S. 314 (Nr. 1343).
- 2) Waldersee II, S. 71.
- 3) Waldersee I, S. 399. vgl. auch S. 401 (26. Mai 1888) und S. 412 (10. Juli).
- 4) Hohenlohe II, S. 441.
- 5) Obwohl Bismarck im Briefe an den Prinzen Reuß vom 2. August 1888 sagt, daß der Besuch des Kaisers in Petersburg „zufriedenstellend und der Abriht entsprach“ verlaufen sei, hat der Kanzler seit 1890 seine Meinung über den Erfolg des Kaisers bei dem Besuch, infolge der „geheimen Berichte aus Petersburg“, geändert und die Ansicht vertreten, daß der Kaiser keinen günstigen Eindruck gemacht habe (Bismarck III, S. 83 und 84). Auch Blum (S. 575) vertritt diese Meinung Bismarcks.

seiner persönlichen Einflusses auf die Monarchen überhaupt; auf dieses Vertrauen des Kaisers weisen hin: eine Bemerkung in der „Memoria“ Bismarcks vom 4. Juli 1888¹⁾ und auch Waldersee's Notiz vom 15. Okt. 1889²⁾. Ein weiterer Grund wird die Taktik Bismarcks dem Kaiser gegenüber sein: Waldersee sagt in der Notiz vom 16. Mai 1888, der Kronprinz habe ihm mitgeteilt, daß der Kanzler infolge seines Schreibens vom 10. Mai nun entschlossen sei den Krieg nicht mehr zu scheuen und bereit die Franzosen zum Kriege zu reizen; er — Waldersee — sei überzeugt, daß der Kanzler zu diesem Entschluß durch Kenntnis des „entschlusenen“ Charakters des Kronprinzen gelangt sei. Er sagt weiter wörtlich: „... es kann auch sein, er [Bismarck] will sich dem Kronprinzen angenehm machen, um ihn mehr in die Hand zu bekommen.“³⁾ Zu letzterer Taktik Bismarcks bemerkt auch Fürst Hohenlohe: „... Bleieröder sagt, den Daßzwang [in Elsaß-Lothringen] habe er [d.h. Bismarck] nur eingeführt, um dem Kaiser zu zeigen, daß er auch scharf gegen die Franzosen vorgehen könne, um dadurch der Militärpartei den Rang abzulaufen...“⁴⁾ — Mir scheint, daß infolge dieser Taktik dem Kanzler gelang die Zuneigung des Kaisers für seinen Rußland-Plan zu erhalten und — im Verein mit dem Selbstbewußtsein des Kaisers — den Entschluß des Monarchen zur Rußland-Reise.⁵⁾

Bleieröder, der bekannte Bankier!

2. Die Nachrichten über die russischen Rüstungen im Herbst 1888.

Der befriedigende Eindruck Kaiser Wilhelms von Alexander III und Rußland, wie Bismarck es mittheilt, kann aber nicht lange gedauert haben; denn schon in dem Berichte des Hauptmanns Grafen York (deutschen Militärattaché's in Petersburg) vom 31. Juli 1888¹⁾ hatte der Kaiser eine Randbemerkung gemacht: „Es wäre von Interesse, zu vergleichen, ob innerhalb des hier gegebenen Zeitabschnitts (bis 1890) die großen Schiffe im Schwarzen Meer fertiggestellt und seeklar sein werden. Denn, falls es an dem wäre, so würde ein Vorstoß auf Stamboul eventuell durch Bulgarien nicht undenkbar sein“.

Infolge dieser Randbemerkung hatte Bismarck ein Schreiben, datiert vom 19. Aug. 1888,²⁾ an den Kaiser gerichtet, welches eine Erläuterung Bismarcks über die russischen Absichten darstellt, deren Inhalt zusammengefaßt folgender ist: Die russischen Schiffe im Schwarzen Meer würden im Frühjahr 1890 fertig sein. Daß die Russen sich für 1890 auf die Möglichkeit eines Angriffes gegen Konstantinopel vorbereiteten, deute nur auf die Bereitschaft, nicht unbedingt auch auf die Ausführung der Absichten im Jahre 1890 hin. Denn der russische Kaiser und die Regierung hätten ursprünglich auf 5 Jahre den Vertrag mit Deutschland abzuschließen gewollt, und nur Schuwalow's Meinung in letzterem

1) Acten VI, S. 341.

2) Acten VI, S. 341 ff.

1) vgl. Akten VII, S. 22.

24

Falle von Deutschland neue Konzessionen verlangen zu müssen, habe die Russen bestimmt nur 3 Jahre vorgeschlagen. Er - Bismarck - habe aber gern nur auf 3 Jahre abgeschlossen, um später die Zukunft besser übersehen zu können; denn im Frühjahr 1887 sei es vor allem darauf angekommen bei einem Angriff Frankreichs der russischen Neutralität sicher zu sein. Er zweifle nicht an der Absicht der Russen Anfang 1890 den Angriff vornehmen zu wollen. Doch Deutschland habe kein Interesse Rußland daran zu hindern. Auch würden die Russen schwerlich durch Bulgarien gehen, sondern durch Kleinasien und auf dem Seewege¹⁾ und würden gleichzeitig ein Ultimatum an die Türkei stellen. Die Besetzung des Bosphorus würde aber dann den für Deutschland erwünschten Zusammenstoß Rußlands mit England herbeiführen. Der russische Angriff auf Konstantinopel würde aber noch nicht den casus foederis zwischen Österreich und Deutschland bedeuten.

Waldersee seinerseits notiert am 3. November 1888: „Ich machte dem Kaiser beim Vortrage Mitteilungen über das Fortschreiten der russischen Rüstungen und wie man konsequent daran arbeite, den Vorsprung, den wir bisher bei einer Mobilmachung hatten, abzukürzen. Umlängst hatte ich ihm schon über die Verbesserung der französischen Armee berichtet. Der Kaiser gab zu, daß diese allge-
meine

- 1) Waldersee II, S. 14; vgl. auch Waldersee II, S. 17.
übrigens ist schon aus dem Briefe des Kronprinzen Wilhelm vom 10. Mai 1888 zu ersehen, daß er dem panslawismus gewissermaßen als stärkere Macht dem Kaiser Alexander III gegenüberstellt.
- 2) Waldersee II, S. 15.
- 3) Waldersee II, S. 12.

allgemeine politische Lage auf einen Krieg im Laufe des nächsten Jahres hinweise" D
 Zu dieser Notiz bringt Waldersee keine Äußerung über die politische Stellungnahme Bismarcks; er bemerkt nur in der Notiz vom 6. Nov. ²⁾, daß Bismarck seinen Vortrag beim Kaiser über die russischen Rüstungen „übel vermerkt“ habe, weil der Kaiser sich aufrege, und weil ihm, dem Kanzler, unbequem sei dem Reichstage gegenüber eine große Geldforderung zu motivieren.

Man sieht, daß auch Bismarck mit der Möglichkeit eines russischen Vorstoßes rechnet; doch hält er — im Gegensatz zum Kaiser — den Weg durch Bulgarien für unwahrscheinlich und deswegen eine unmittelbare Gefährdung der österreichischen Interessen für ausgeschlossen. Bemerkenswert ist, welchen Einfluß auf die Meinungsbildung des Kaisers gerade Waldersee durch seine intime Freundschaft hat. In bezug auf diesen Einfluß führe ich zur Vervollständigung noch folgende 2 Notizen Waldersee's an: vom 28. Okt. ¹⁸⁸⁸: „Der Kanzler traut dem Kaiser nicht völlig, sowohl bei der inneren als bei der äußeren Politik, und lebt in der sehr heiklen Sorge, der Monarch könne gelegentlich mit eigenen Ideen hervortreten; meine Person wird dabei stets mit einigem Unbehagen beobachtet;“ ³⁾ als zweite Notiz diejenige vom 28. Jan. desselben Jahres über Dr. Hinzpeters Äußerung: „... nach seinen [d. h. Hinzpeters] Erfahrungen bin ich der

Schmerzlich, mit B.

einzigste Mensch, zu dem der Kaiser vollstes Vertrauen hat und den er immer als Autorität anerkennt!"¹⁾ —

Während also der Petersburger Besuch des Kaisers nach der Ansicht Bismarcks „der Absicht entsprechend, in welcher er unternommen wurde“ verlaufen sei, und nach der Mitteilung Bismarcks der Kaiser die Absichten des Zaren als „friedliebend“ bezeichnet habe, ist der Kaiser schon im Herbst desselben Jahres in bezug auf Rußland wieder Waldersee's Ansicht, daß der Krieg „im Laufe des nächsten Jahres“ (also spätestens bis Anfang 1890) in Licht sei. Bismarck dagegen rechnet wohl mit einer Bereitschaft Rußlands zum Kriege (bis 1890), aber nicht unbedingt auch mit der Ausführung eines Angriffskrieges.

3. Die Zeit vom Oktober 1888 bis zum Mai 1889.

Die Akten-Publikation schweigt über ein Jahr lang (vom Ende August 1888 bis zum Zarenbesuch in Berlin im Oktober 1889) über die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler über die Außenpolitik. Jedenfalls sind keine Schriftstücke überliefert, aus welchen auch nur in beschränktem Maße über die Bestrebungen des Kaisers und über sein Reagieren auf die Maßnahmen Bismarcks in diesem Zeitraum Schlüsse

1) Waldersee II, S. 34. vgl. dazu die schon oben erwähnten Randbemerkungen Bismarcks zum Brief des Kaisers vom 10. Mai 1888: Bismarck III, S. 141. — Den Eindruck, welchen die „Denkwürdigkeiten“ Waldersee's über den ungeheuren Einfluß des Generals auf den Kaiser hinterlassen, wird vollkommen bestätigt durch die Ausführungen von Blum (S. 585 — 591).

1) Akten VI, S. 353.

2) Waldersee II, S. 10 und 13.

gezogen werden könnten.

Beachtung beansprucht — wegen seines Bezuges auf die russischen Rüstungen — nur eine kurze Aufzeichnung des Grafen Herbert Bismarck über seine Unterredung mit dem Großfürsten Wladimir, vom 1. Dez. 1888.¹⁾ Der Großfürst habe erwähnt, „der Zar habe im Winter dem Boten von Schweinitz alles angekündigt, was bis jetzt geschehen sei, und mehr werde nicht geschehen; die russischen Truppenverchiebungen nach Westen seien jetzt abgeschlossen“, worauf der Graf bemerkt habe, daß Deutschland bei den „ausgezeichneten“ Beziehungen des deutschen Kaisers zum Zaren gegenwärtig keine Ursache hätte über den russischen Aufmarsch beunruhigt zu sein; wohl aber könne man das Österreich nicht ganz übelnehmen. Darauf habe der Großfürst geantwortet, die russischen Truppenverchiebungen hätten keine so schwerwiegende Bedeutung, man müsse bedenken, „daß die weiten Räume Rußlands eine Mobilmachung sehr erschweren, und der Verlust an Zeit, welcher Rußland bei ausbrechendem Kriege träfe, müsse somit wie tunlich, vorher ausgeglichen werden“.

Waldersee hat über die Zeit bis zum Mai 1889 bedeutend mehr zu berichten. Aus den Notizen vom 21. Okt. und 1. Nov. 1888²⁾ geht der Unwille Waldersee's darüber hervor, daß der Kaiser gegenüber Österreich voreingenommen sei und dem dadurch Ausdruck verliehen habe, daß er dem Grafen Tisza

- 1) vgl. dazu Waldersee II, S. 16, Fußnote.
- 2) Hohenlohe II, S. 458.
- 3) Waldersee II, S. 28. Man sieht aus dieser Notiz, daß Bismarck — nach der Ansicht Waldersee's — in seinen Ansichten über Rußland stark von den Berichten des Botschafters von Schweinitz abhängig sein muß. Vgl. dazu Hohenlohe II, S. 461 (15. Dez. 1889).

den Schwarzen Adlerorden verliehen habe, was die maßgebenden österreichischen Kreise verletzt habe. Waldersee folgert daraus das Bestreben Wilhelms II sich in die österreichischen inneren Angelegenheiten einzumischen und schiebt die Schuld dem Kanzler und vor allem Herbert Bismarck zu, welche nicht davon lassen wollten — trotz der schlimmen Erfahrungen — auf Kosten Österreichs mit Rußland anzubinden? Ähnliche Verdächtigungen gegen Bismarck im Sinne von Bestrebungen das Bündnis mit Österreich zu lockern legt Fürst Hohenlohe dem Großherzog von Baden in den Mund (Notiz vom 24. Aug. 1889).²⁾

Ich halte ~~eine~~ solche Absichten bei Bismarcks als vorübergehende Gerabeinung wohl für wahrscheinlich, um so mehr, als Waldersee auch noch später: in der Notiz vom 8. Jan. 1889 und vom 13. März d. J. auf diese Angelegenheit zurückkommt.

In der Notiz vom 8. Jan. 1889 heißt es: „Der Kanzler ist durch die ernstesten Berichte, die nun von allen Seiten kommen, sehr erregt, namentlich darüber, daß Schweinitz, der immer Friedenslieder gesungen hat, nun besorgter wird. York hat auf den Kanzler einen erheblichen Eindruck gemacht, weil er fest bei seiner Meinung geblieben ist, daß Rußland zum Kriege treibe.“³⁾ Dennoch kommt in der Notiz vom 21. Jan. wieder der Unwille Waldersee's über Bismarcks russische Politik ^{erneut} zum Ausdruck, wenn er sagt: „Der Kanzler hat in bezug auf Rußland

eine eigentümliche Politik: er will nicht sehen, daß man dort gegen uns eine unveröhnliche Haltung einnimmt, und hofft auf Zwickhelfälle, die die Lage ändern sollen..... Der Kanzler hofft sich Rußland nähern und Österreich fallen lassen zu müssen. Es ist das ein unmoralisches Verfahren;..... jetzt bekomme ich den Eindruck, daß der Kanzler die Beschleunigung [der Infanteriebewaffnung] nicht wünscht, weil er in seinem Argwohn denkt, der Kaiser könne loschlagen, wenn er die Armee bereit glaubt!"¹⁾

Angesichts der bedrohten Lage Deutschlands hat aber auch Waldersee Momente gehabt, in denen er vom Zweifel über die Richtigkeit der bisherigen Politik gegenüber Österreich befallen worden ist. Er notiert am 13. März 1889: „Crisis Stellung ist ernsthaft gefährdet und damit auch unser Bündnis. Die Verhältnisse in Rumänien werden als sehr üble angesehen. Wenn dies so weitergeht, wir also vielleicht den italienischen Bundesgenossen verlieren, und Österreich durch die unsichere Haltung Serbiens und Rumäniens, sowie durch seine inneren unerfreulichen Zustände geschwächt wird, muß man erwägen, ob nicht die österreichische Allianz ganz aufzugeben und eine Annäherung an Rußland zu bewirken sei. So schwer mir ein solcher Schritt werden würde, so sehe ich doch ein, daß hier nur unser Interesse entscheiden darf. Es ist nur zu fürchten, daß wir die Zeit verpaßt haben!"²⁾

1) Waldersee II, S. 32.

2) Waldersee II, S. 45.

Doch schon bald nachher ist Waldensee wieder zu seiner alten Rußland feindlichen Stellungnahme zurückgekehrt, wenn er am 22. April notiert: „... Ich bin fest überzeugt, daß dem Kanzler der allmähliche Verfall Österreichs ganz angenehm ist, weil er immer noch glaubt, mit Rußland sich verständigen zu können. Ich habe dem Kaiser deutlich meine Ansichten entwickelt...“¹⁾

Über den Kaiser notiert Waldensee am 25. März: „Der Kaiser ist sich völlig klar, daß wir in Rußland keine Freunde mehr haben; der Zar — meinte er — würde nicht nach Berlin, sondern höchstens nach Kiel kommen“²⁾ und am 20. April: „Vortrag beim Kaiser. Ich habe ihn in den letzten drei Vorträgen über unseren Aufmarsch im Osten und Westen orientiert und in allen Punkten seine volle Zustimmung gefunden. Der Kaiser äußerte sich sehr bewegt über Rumänien und ist darauf gefaßt, daß der König seine Krone verliert. Der russische Einfluß hat völlig den Sieg über den deutschen und österreichischen davon getragen...“³⁾ (Die Notiz Waldensee's vom 25. März 1889 über die Stellung des Kaisers zum Zarem und Rußland gibt zweifellos Waldensee's eigene Meinung über Rußland wieder und deutet darauf hin, daß seine Zweifel über die bisherige Politik gegenüber Österreich vom 13. März nur sehr kurze Zeit gedauert haben können).

Aus den Notizen Waldensee's ist zu entnehmen,

- 1) Waldensee II, S. 49.
- 2) Waldensee II, S. 47.
- 3) Waldensee II, S. 49.

daß Kaiser Wilhelm dauernd unter Waldersee's Einfluß steht und sich dessen Ansichten über die auswärtige Politik fast ausnahmslos anschließt. Weiter ist festzustellen, daß der Gegensatz der Ansichten zwischen Waldersee und dem Kanzler so weit gegangen ist, daß Waldersee letzteren sogar verdächtigt nicht alles so darzustellen, wie er es tatsächlich meine. Eigentümlich wirkt die Darstellung des Generals, daß Bismarck Österreich fallen lassen und Anschluß an Rußland wolle, ja daß der allmähliche Verfall Österreichs ihm willkommen sei als Weg zur Verständigung mit Rußland. Wie stark doch Bismarcks Zweifel über die bisher befolgte Politik eine Zeit lang gewesen sein müssen, zeigt der Umstand, daß selbst Waldersee sich dieses Eindruckes nicht hat völlig erwehren können!

Deutlich treten in den vorstehenden Notizen die entgegengesetzten Anschauungen über die außenpolitische Lage zwischen Waldersee und dem Kaiser einerseits und Bismarck andererseits hervor. Während Waldersee noch in der Notiz vom 16. Mai 1888¹⁾ seinem Unwillen darüber Ausdruck verleiht, daß er „immer als der schlechte Ratgeber [Wilhelms II] angesehen“ werde, spricht er nun im April 1889 offen davon, daß er dem Kaiser „deutlich“ seine Ansichten entwickle, und daß der Kaiser seine „volle Zustimmung“ zu seinen Aufmarschplänen erteilt habe (welche im direkten Gegensatz zu der vorsichtigen Politik des Kanzlers stehen).

1) Waldersee I, S. 398 f.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Verhalten des Kaisers zur Außenpolitik Bismarcks im Herbst 1888 und nun im Frühling 1889 wird darin bestehen, daß er jetzt Waldersee's Angriffspläne und Vorbereitungen seine volle Zustimmung erteilt haben wird.

Auf Grund der bisherigen Akten und Notizen ersieht man aber dennoch, daß der Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler bisher noch einen stark theoretischen Zug hat. Praktisch hält sich der Kaiser noch zurück. Die politische Konjunktur verlangte eben von Deutschland noch keine entscheidenden Maßnahmen.

4. Die türkische und die schweizer Angelegenheit.

Wie gesagt, war bisher der Gegensatz des Kaisers zur Außenpolitik Bismarcks noch ein stark theoretischer. Seit dem Mai des Jahres 1889 fing das jedoch an anders zu werden.

Waldersee notiert am 12. Mai 1889: „Ich befinde mich augenblicklich in ganz eigener Lage. Angeregt durch einen Brief des Obersten v. d. Goltz aus Konstantinopel an mich, ist der Kanzler zu meinem Erstaunen jetzt der Ansicht, wir sollten den Türken nicht helfen, sich gegen die Russen wehrhaft zu machen, und verlangt, daß ich Goltz in diesem Sinne schreibe. Er meint, wenn Konstantinopel leicht

1) Waldensee II, S. 50f.

zu nehmen sei, würden die Russen den Versuch auch machen, darin liege unser Vorteil. Wenn er sich so etwas in den Kopf setzt, sind Einwürfe zwecklos. Ich versuchte ihm darzulegen, daß die russischen Maßregeln der letzten Jahre die Absicht, einen Türkenkrieg zu führen, ausschlossen, und daß der alleinige Gedanke der russischen Politiker der sei, sich auf den Krieg im Westen vorzubereiten, in der Überzeugung, daß nach dessen glücklichem Ausgang die Türkei sich ihnen unterwerfen müßte. Der Kaiser ist ganz meiner Ansicht. Er verlangt nun, daß ich Goltz in seinem Sinne schreibe. Das ist eine ganz ungesunde Lage, wenn Kaiser und Kanzler verschiedene Politik treiben. Solche Verschiedenheit der Ansichten macht sich für Eingeweihte jetzt manchmal bemerkbar. ¹⁾ Im Hinblick auf die möglichen direkten Folgen der genannten Meinungsverschiedenheit bemerkt gleich selbst der General: „Ich werde zunächst überhaupt nicht schreiben und eine Verständigung herbeizuführen versuchen.“ Die Angelegenheit scheint auch keine weiteren Folgen gehabt zu haben.

Eigentümlich ist, daß Waldensee in einem Zuge ~~so~~ einerseits davon spricht, daß „der Kaiser ganz seiner Ansicht“ sei, andererseits aber „von der ungesunden Lage, ~~spricht~~ wenn Kaiser und Kanzler verschiedene Politik treiben“, und nicht merkt, daß er selbst daran schuld ist.

Zu der Meinungsverschiedenheit über die

- 1) Eppstein, S. 99 f. (Brief Bismarck's an Boetticher vom 26. Juni 1889), und Waldersee II, S. 57 und 62 f. (12. Mai und 28. Juli 1889); vgl. auch Hohenlohe II, S. 456 f.
- 2) Waldersee II, S. 63.
- 3) Ebenda; vgl. auch Hohenlohe II, S. 459 (26. Okt. 1889).
- 4) Hofmann I, S. 259.
- 5) Eppstein, S. 99.

türkinke Politik trat noch eine andere über die Schweiz: Bismarck wollte Rußland gewinnen durch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Schweiz¹⁾ aus Anlaß der Verhaftung eines deutschen Polizeienten. Nach Waldersee²⁾ scheiterte jedoch das Unternehmen Bismarcks, weil niemand mit Deutschland wegen der verhältnismäßig unbedeutenden Angelegenheit kriegerisch gegen die Schweiz habe vorgehen wollen, und man Frankreich nur aufgestachelte haben würde. Das fehlgeschlagene Unternehmen „begann beim Kaiser das Vertrauen zur überlegenen Staatskunst seines Kanzlers zu erschüttern“.³⁾ Er selbst, der General, sei gegen ein kriegerisches Vorgehen^{gegen} die Schweiz gewesen.

Bismarck hatte den Kampf gegen die Schweiz mit einem scharfen Protest und der Kündigung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz eröffnet, weil letztere den Vertrag — nach Bismarcks Ansicht — nicht genügend streng gegen die sozialdemokratischen Einwanderer angewandt habe.

Nach H. Hofmann⁴⁾ habe es sich nicht darum gehandelt deutscherseits eine größere Aktion zu provozieren, sondern nur: von der Schweiz ein scharferes Vorgehen gegen die eigene wie auch gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erlangen. Nach Bismarcks eigener Äußerung — im „vertraulichen“ Briefe an Dr. von Boetticher vom 26. Juni 1889⁵⁾ — habe es sich jedoch beim Vorgehen Bismarcks gegen die Schweiz darum gehandelt, durch eine Interessengemeinschaft mit Rußland den Frieden wenigstens so lange zu erhalten,

1) Die Noten Bismarck's in der Schweizer Angelegenheit an den deutschen Gesandten in Bern Herrn von Bülow vom 5., 6. und 26. Juni 1889 (Mahn I, S. 560-565) widersprechen ihrer Tendenz nach nicht den von Bismarck in dem Brief an Boettlicher dargelegten politischen Bestrebungen, denn die Noten behandeln nur sachliche Angelegenheiten.

35.
bis Deutschland die Kriegsvorbereitungen zum Abbruch gebracht habe, oder sogar, bis auch auf Englands aktive Mitwirkung bei kriegerischen Zusammenstößen in Europa gerechnet werden könnte; dieses Einverständnis mit Rußland sei jedoch schon durch die ersten offiziellen Artikel gegen die russische Konvertierungs-Anleihe zerstört worden und damit auch das Schweizer Unternehmen.

Hofmann wird nicht recht haben, wenn er sagt, daß es sich nicht darum gehandelt habe eine größere Aktion zu provozieren; denn Bismarck spricht im Briefe an Boettlicher ausdrücklich von der „Interessengemeinschaft mit Rußland“ und bestätigt damit Waldersee's Darstellung. Doch auch darin wird Waldersee recht haben, daß das mißlungene Unternehmen — ob durch eigene Schuld des Kaisers oder nicht, fällt hier nicht so ins Gewicht — das Vertrauen des Kaisers in die „überlegene Staatskunst“ Bismarcks jedenfalls nicht gefestigt haben wird; letzteres — wie ich annehme — weil eben Waldersee gegen das Vorgehen Bismarcks war! 1)

5. Die russische Konvertierungs-Anleihe, Juni-Juli 1889.

Zum aktiven Eingriff des Kaisers kam es im Juni 1889 infolge des Bestrebens Rußlands die Notierung einer Eisenbahn-Konvertierungs-Anleihe von 250

Millionen Mark an der Berliner Börse durchzusetzen. Diese Angelegenheit hat keine größeren politischen Folgen gehabt; doch das vorhandene Material darüber gewährt einen trefflichen Einblick in die entgegengesetzten Ansichten Bismarcks und Kaiser Wilhelms II über die außenpolitische Lage im Sommer 1889. Unter den Akten-Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes ist darüber nichts zu finden. Doch hat Epstein diesbezügliche Schriftstücke veröffentlicht.¹⁾

In dem kurzen Schreiben des Wirtsch. Geh. Legationsrates Reichardt (Leiters der handelspolit. Abteilung im Ausw. Amt) an den Staatssekretär des Innern Dr. von Boetticher vom 12. Juni 1889²⁾ ist nur die Rede von einem „berühmten Bericht aus Petersburg“ und, daß die „erwähnte russische Lorge“ bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes „anhängig gemacht worden ist“. Das folgende eingehendere Schreiben Bismarcks an Kaiser Wilhelm ist schon deutlich als Antwort auf die Maßnahmen des Kaisers zu erkennen (auf den Inhalt des Briefes werde ich weiter unten eingehen).

Näheres über die Umstände der „Lorge“ des Kaisers liefert Waldersee.³⁾ Darnach hätte der Kaiser erfahren, daß die Notierung einer russischen Eisenbahn-Konversions-Anleihe von 250 Millionen Rubeln (Mark?) an der Berliner Börse bewirkt werden sollte. Bald darauf (am 11. Juni) habe der Kaiser diese ihm unangenehme Nachricht Waldersee (auf dem Tegeler Schießplatze) mitgeteilt mit der Bemerkung, daß

- 1) Epstein, S. 85-104.
- 2) Epstein, S. 85.
- 3) Waldersee II, S. 54 f und 65 (Brief Waldersee's an den Kriegsminister v. Verdy).

- 1) Waldersee II, S. 54.
- 2) Waldersee II, S. 65.

„wiederum deutsches Kapital dazu benutzt würde, die russischen Finanzen zu bessern und damit Rußland die Kriegführung gegen uns zu erleichtern...“; zugleich habe er Waldersee gebeten mit dem anwesenden Kriegsminister v. Verdy die Angelegenheit zu besprechen und dann ihre Meinung ihm mitzuteilen. (Man beachte wiederum die Bedeutung, welche der Kaiser Waldersee's Meinung beimißt.). Nach Rücksprache mit Verdy habe Waldersee dem Kaiser mitgeteilt, daß, wenn die Nachricht sich bestätige, die Konversion verhindert werden müßte. Darauf habe der Kaiser dem Geh. Legationsrat Lindau den Befehl erteilt einige Zeitungsartikel gegen die Konversion zu schreiben. Auf die Bemerkung Waldersee's: „Dies allein hilft hier wohl nicht mehr; der Kanzler muß selbst einspreizen. Wissen die Juden, daß er entschieden dagegen ist, so lassen sie die Hände davon, sonst nicht“; habe der Kaiser Graf Herbert Bismarck bestellen lassen, sich scharf gegen Bleichröder erklärt, der beim Kanzler aus und einginge, und befohlen die Konversion zu verhindern. „Lindau erhielt den direkten Befehl, in diesem Sinne Zeitungen zu beeinflussen — speziell nannte der Kaiser die „Kölnische“. Natürlich nahm Bismarck diesen Eingriff sehr übel“⁽¹⁾. „In der Unterhaltung [mit Herbert Bismarck] erwähnte Seine Majestät u. a., daß Allerhöchst derselben militärische Ratgeber der gleichen Ansicht seien“⁽²⁾.

Das Schreiben Bismarcks an den Kaiser vom 15. Juni 1889¹⁾ ist fraglos die Antwort Bismarcks auf den Befehl des Kaisers an Herbert Bismarck die Zulassung der Notierung der Anleihe zu verhindern. Der Kanzler sagt im Brief folgendes. Für die militärische Leistungsfähigkeit Rußlands sei die Anleihe von geringerer Bedeutung; denn Rußland könne jederzeit bei Kriegsausbruch mit Hilfe der Notenpresse leicht eine Milliarde in Umlauf setzen, womit die Mobilisierungsausgaben sofort bestritten werden könnten. Eine Milliarde sei schon im Verkehr. Ausländische Anleihen brauche es nur zur Verzinsung seiner auswärtigen Schulden, zu deren Deckung bei Konvertierungen und zum Ankauf seiner ausländischen Bedürfnisse. Der Schaden, welche die Papiergeldempfänger haben würden, würde erst nach dem Kriege offenbar werden. Größer als die Gefahr der unmittelbaren Nutzens Rußlands von der Anleihe sei die Verbreitung im Kriege und nachher entwerteter russischer Papiere in Deutschland. Das Risiko sei jedoch auf die neuen Erwerber solcher Papiere, hauptsächlich in Frankreich, übergegangen, wegen der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent. — Dem Schreiben Bismarcks war beigelegt eine Abschrift des Briefes Bismarcks an den Finanzminister von Scholz, ebenfalls vom 15. Juni,²⁾ in welchem Bismarck um Auskunft darüber bittet, in welchem Maße die russischen Konversionen

- 1) Eppstein, S. 86 f.
- 2) Eppstein, S. 87 f.

der letzten Zeit auf den Umfang des Besitzes russischer Papiere in Deutschland eingewirkt hätten; es sei behauptet worden, daß infolge der Herabsetzung des Zinsfußes eine Unmenge russischer Papiere verkauft worden seien, was noch dazu durch das Steigen der russischen Valuta begünstigt würde. Ob das in erwünshchem Maße geschehen sei. Der rege Verkehr an der französischen Börse, schon seit Monaten im Gange, schein das zu beweisen. Auch die Banquierkreise hätten das bestätigt.

Das Bismarck im Schreiben an den Kaiser so eingehend auf die militärische Seite der Angelegenheit eingeht, beweist, daß der Kaiser auf die militärische Seite sein Augenmerk gerichtet hat, was wiederum auf den militärischen Ursprung der Ansicht des Kaisers und die Richtigkeit der oben^D dargelegten Schilderung Walderssee's hinweist. Bismarck sagt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, daß sein Sohn Herbert dem Kaiser gesagt habe: „Es handle sich nur um eine Conversion früherer russischer Anleihen, also um die beste Gelegenheit für deutsche Inhaber, bares Geld zu nehmen und russische Papiere los zu werden, die im Kriegs-falle vielleicht keine Zinsen nach Deutschland zahlen würden. Die Russen wollten den Profit machen, für eine bestimmte Anleihe in Zukunft ein Procent weniger zu zahlen; der Bismarck sei dafür günstig, die Lücke daher nicht zu hintertreiben. Die Franzosen

1) Seite 36f.

1) Eppstein, S. 91.

2) Eppstein, S. 92-94.

3) Eppstein, S. 96-98.

41

Notierung an der Berliner Börse] ist keine wirtschaftliche u. keine strategische, sondern eine juristische u. eventuell, wenn die Zulassung ohne Rechtsgrund durch die Regierung versagt wird, eine politische, wegen ihrer Rückwirkung auf unsere Beziehungen zu Rußland. Steht die Entscheidung dem Börsenvorstand zu so ist sie ihm zu überlassen; steht die dem Ministerium zu, so ist sie nicht an den 18. d. M., sondern an das Ermessen des Ministeriums gebunden u. bis nach juristischer Prüfung zu vertagen...¹⁾ [In den Briefen Magdeburg's vom 16. Juni an den Geh. Legationsrat Grafen zu Rantzau, und vom 17. Juni an Boettlicher²⁾ weist Magdeburg darauf hin, daß die Entscheidung darüber, ob ein Papier an der Berliner Börse zur Notierung zugelassen sei, dem Börsen-Kommissariat (Börsen-Vorstand, einem Ausschuß, einer Kommission der Korporation der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft) verfassungsmäßig zustehe; der Handelsminister habe aber die Möglichkeit vor der Entscheidung des Börsen-Vorstandes auf letzteren vertraulich einzuwirken (also auch etwa im Sinne des Kaisers); nach der Entscheidung stehe die Beschwerde darüber an den Handelsminister zu.]

Im weiteren Verlauf der Entwicklung des Streites um die Konvertierungsanleihe teilt Boettlicher im Brief vom 24. Juni Bismarck mit³⁾, daß ersterer dem Kaiser mitgeteilt habe, daß das Börsen-Kommissariat am 18. Juni die Zulassung der

neuen Konversionsanleihe zeitweilig abgelehnt habe, bis die russischen Eisenbahngesellschaften die rückständigen planmäßigen Amortisationen nachholen würden; fände das statt, so würde von Seiten des Bankhauses Krause und der Berliner Handelsgesellschaft ein neuer Protest erhoben werden, da die Anleihe den Gesamtbedarf zur Tilgung der bisherigen Anleihen um 17 Millionen Rubel übersteige; dieser Protest würde dann zur entgültigen Ablehnung der Zulassung der neuen Anleihe durch den Börsen-Vorstand führen. Der Kaiser habe sich mit dieser Erklärung zufrieden gegeben, zugleich aber erklärt, daß die Konvertierung unter allen Umständen verhindert werden müsse. Weiter teilt Boettlicher mit, daß inzwischen Rußland seinen Verpflichtungen bezüglich die Amortisationen nachgekommen sei; daß aber Krause und Genossen einen neuen Protest gegen die Zulassung beabsichtigten, weil die Anleihe um die erwähnten 17 Millionen Rubel größer sei, als notwendig, was im Prospekt verschwiegen sei. Eine Verhinderung der Konversionsgeschäfte sei nicht möglich, da die konvertierenden Häuser vertragsmäßig verbunden seien, wohl aber wäre möglich das Publikum vor einer Unterstützung des Geschäftes zu warnen und auf das Börsen-Kommissariat im Krause'schen Sinne einzuwirken.

Man sieht hieraus, daß das Börsen-

Kommissionariat die Entscheidung um einige Tage nur deshalb verschob, um dem Kaiser die Meinung beizubringen, als ob er ihm entgegenkommen wollte: denn schon am Ende des Briefes ist deutlich gesagt, daß eine Verhinderung der Konversion nicht stattfinden könne, weil die Geschäftverbindungen der Finanzkreise sie nicht erlaubten. Letzterer Entschluß ist zweifellos dadurch entscheidend beeinflusst worden, daß Bismarck aus politischen Erwägungen gegenüber Rußland, gegen eine Verhinderung war¹⁾.

Im Antwortschreiben Bismarcks an Boetticher vom 26. Juni²⁾ weist der Kanzler darauf hin, daß er vertraulich auf den Börsen-Vorstand nicht einwirken könne, weil das nicht verschwiegen bleiben könnte, und aus politischen Gründen würde letzteres schädlich sein. „Schon die Zeitungen der letzten Wochen beweisen die Neigung aller inneren Gegner der Regierung, solche Beeinflussung der Börse gegen die Regierung auszubenten. Dann aber ist es ganz unvermeidlich, daß eine antirussische Haltung der Reichspolitik in dieser Frage mit der Gesamtrichtung unserer Politik im Widerspruch stehen und sie schädigen würde. Das Ziel dieser Gesamtpolitik ist vorläufig die Erhaltung des Friedens, wenigstens bis zu dem s. M. bekannten Zeitpunkte, wo wir unsere Vorbereitungen in Gewehr und Munition zum Abschluß gebracht haben werden; womöglich sogar bis zu dem Zeitpunkt, wo Englands jetzige relative Wehrlosigkeit

1) vgl. dazu Waldsee's Auffassung: Waldsee II, S. 54.
 2) Eppstein, S. 99 - 101. Wegen der Bedeutung des Briefes für die Darstellung der Ansichten Bismarcks sehe ich mich gezwungen den größeren Teil des Briefes wörtlich anzuführen.

44

aufgehört haben und auf Englands Mitwirkung bei eintretenden Krisen mehr als bisher zu rechnen sein wird. Aus diesem einstweiligen Friedensbedürfnisse geht die Nothwendigkeit hervor, wenigstens doch bis dahin unsere Beziehungen zu Rußland zu rhonen und zu pflegen. Im Sinne dieser Politik habe ich es mir angelegen sein lassen, in dem Streite der monarchischen Staaten gegen die Schweizerischen Revolutionsparteien eine Interessengemeinschaft mit Rußland und eine derselben entsprechende gemeinsame Haltung beider Reiche zu erstreben und zur europäischen Anschauung zu bringen. Diese Bemühungen waren erfolgreich bis zu dem Moment, wo die ersten officiösen Artikel gegen die neue Russische Convertirung ohne mein Zutun erschienen Mit dem Erscheinen derselben dürfte die seitdem zurückhaltende Wendung der Russischen Haltung in der Schweizer Frage im Zusammenhang stehen... Darum dürfte durch die untergeordnete Frage der russischen Convertirung keine Änderung im Sinne der bisher befolgten Politik Rußland gegenüber erfolgen, auch dann nicht, wenn die Bemühungen der Deutschen Regierung, den Besitz russischer Papiere in deutschen Händen zu vermindern, dadurch gefördert würden. Der Abzug der russischen Papiere aus Deutschland werde durch ein Steigen der Kurse eher gefördert, als durch ein Sinken, weil die deutschen Besitzer nicht klug genug

seien, um durch die sinkenden Kurse zu ver-
 kaufen. Weiter sagt Bismarck wörtlich: „Die
 Ausricht, Russische Papiere aus Deutschland
 los zu werden, würde durch Verhinderung der
 Notiaung der jüngsten Russischen Anleihe
 in keiner Weise gefördert, sondern eher
 gehädigt werden. Aber selbst, wenn das
 Gegentheil der Fall wäre, würde ich an-
 gerichts der sehr gewichtigen Fragen der
 auswärtigen Politik, welche einstweilen
 die Schonung der Russischen Stimmung
 erfordern, und angesichts der vorzei-
 tigen Ermuthigung aller innoren und
 äußeren Reichsfeinde, welche augenblick-
 lich in der Kriegsgefahr und in Ver-
 stimmungen zwischen Deutschland und
 Rußland ihr Interesse sehen, und die-
 ser Tendenz seit 14 Tagen in ihren Blät-
 tern Ausdruck geben, Seiner Majestät
 dringend abrathen müssen, in diese Sa-
 che einzugreifen. Selbst, wenn ich ge-
 setzlich dazu berechtigt und nicht genöthigt
 wäre, das Vertrauen, welches der Börsen-
 vorstand zu mir haben könnte, durch „ver-
 trauliche“ Einwirkung zu mißbrauchen,
 würden doch die Gründe der Politik so
 gewaltig sein, daß ich Seiner Majestät
 nicht rathen könnte, diesen Weg zu
 betreten. Wenn die Regierung gesetzlich
 zur Entscheidung über die Börse berufen
 wäre, so würde es in der heutigen Situ-
 ation schon unerwünscht sein, sie gegen die
 Russischen Werthe treffen zu müssen. Un-
 ser Verhalten wird aber viel härter wir-
 ken, wenn wir ohne Beruf und uneingestanden^{er}

aber doch bekannter Maßen in diese Sache eingreifen. Solange ich nicht durch eine schriftliche Ordre durch Seine Majestät in die Notwendigkeit versetzt werde, einen dahingehenden Allerhöchsten Befehl auszuführen, kann ich meine Zustimmung zu einer in meinem Namen geübten Einwirkung auf den Börsenvorstand nicht geben. Einstweilen und so lange ich dazu berechtigt bin, untersage ich jede amtliche [vertrauliche] Einwirkung auf die Sache ..."

Aus diesem Briefe Bismarcks an Boetticher — ebenso wie auch an dem an den Kaiser vom 15. Juni — erzieht man, daß Bismarck seine ganze persönliche Autorität einzusetzen bereit ist, um die Runen bei der Meinung zu erhalten, daß Rußland von Deutschland keinerlei Gefahr drohe. Wichtig ist im Briefe die Bemerkung Bismarcks, daß der Friede zeitweilig, wenigstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte — bis Deutschland völlig kriegsbereit sei — erhalten werden müsse, möglichst auch länger, bis auf eine aktive Unterstützung durch England zu rechnen sei.

Waldsee weist in den Notizen vom 16. und 26. Mai und 10. Juli 1888^d auf Äußerungen Bismarcks über deren Bereitwilligkeit zum Kriege hin. Daß Bismarck seine Außenpolitik auf die Möglichkeit eines nahen Krieges gegen Rußland schon zur Zeit Kaiser Friedrichs einzustellen begann, beweist, daß der Kanzler mit dem festen Entschluß des Kronprinzen Wilhelm, auch in Zukunft

1) Waldsee I, S. 399, 401 und 412.

1) vgl. auch Akten VI, S. 341-343.

467
als Kaiser, gerechnet haben wird (wie auch der
General in dem ersten von den 3 kritizierten Noti-
zen das ausspricht!). Das bedeutet aber noch
nicht, daß Bismarck die Absicht gehabt
hat, nach Beendigung der Vorbereitungen
auch sofort den Krieg gegen Frankreich zu
eröffnen. Denn im Brief an Boettlicher sagt
der Kanzler, daß der Friede auch noch wei-
ter erhalten werden sollte.

Infolge der Notwendigkeit die Berie-
hungen zu Rußland zeitweilig noch zu
pflegen, komme es ihm, weiter, — nach dem
Briefe an Boettlicher — nicht unbedingt da-
rauf an, ob durch die Zulassung der An-
leihe zur Notierung an der Börse das
Abströmen von russischen Papieren aus
Deutschland in einer größeren oder gerin-
geren Anzahl bewirkt werde oder nicht.
Deshalb habe er auch jegliche amtliche
vertrauliche Einwirkung auf die Börse —
das amtliche Recht besitze er nicht —
im Sinne der Nichtzulassung unter sagt.
Er fügt hinzu: „... Unser Verhalten wird
aber viel schärfer wirken, wenn wir
ohne Beruf und uneingestandener,
aber doch bekannter Maßen in diese
Sache eingreifen...“ Er sei gegen eine
vertrauliche Einwirkung gerade im
Hinblick darauf, daß, wenn sie möglich
wäre, sie nicht verzwiegen bleiben würde.

Als zweiten Grund, warum er für die
Zulassung zur Notierung sei, gibt er
das Verhalten der inneren Feinde
Deutschlands an. Er sagt: „Schon die
Zeitungen der letzten Wochen beweisen

1) Die in Klammern stehende Bemerkung stammt ebenfalls von Waldersee. — [Man vergleiche mit der betreffenden Bemerkung Waldersee's die entgegengesetzten, vielfach zornigen Äußerungen Bismarcks über Boetticher in den Gedanken und Erinnerungen, Band III, und die Bemerkungen Boettichers über sein Verhältnis zu Bismarck bei Eppstein.]

48

die Neigung aller inneren Gegner der Regierung, solche Beeinflussung der Börse gegen die Regierung auszunutzen ...", und: „angesichts der vorzeitigen Ermuthigung aller inneren und äußeren Reichsfeinde, welche augenblicklich in der Kriegsgefahr und in Verstimmungen zwischen Deutschland und Rußland ihr Interesse sehen, und dieser Tendenz seit 14 Tagen in ihren Blättern Ausdruck geben ...“ Aus diesen Worten geht hervor, welches Interesse die „inneren und äußeren“ Feinde daran gehabt haben, daß die Konvertirung nicht verhindert würde.

Treffliche Beiträge für die Richtigkeit dieser Darstellung liefert Waldersee. Er sagt: „Um die Wut des Kanzlers, und der zahlreichen Bankiers zu verstehen, muß man sich klar machen, daß für letztere große Geldinteressen auf dem Spiel standen: man rechnet, daß Bleichröder zwölf Millionen verlieren kann, daß andererseits der Kaiser mit Festigkeit auf seinem Entschluß, die Konversionen nicht zu dulden, beharrte und alle Winkelzüge Bismarcks durchkreuzte. Mein vom Kaiser sofort befolgter Rath, den Finanzminister Scholz, einen selbständigen, vor allem sachkundigen Mann zu hören, mißfiel dem Kanzler sehr. Man sagte also dem Kaiser, nicht Scholz, sondern Boetticher sei der richtige Mann (Boetticher, der nur tut, was der Kanzler will!).“ Darüber wurde Zeit gewonnen, bis Scholz einen Urlaub angetreten

1) Waldersee II, S. 57 f.

2) Waldersee II, S. 66 f.

3) Das der Antisemitismus Waldersee's beim Widerstande der „inneren und äußeren“ Feinde gegen die Politik des Kaisers eine wesentliche Rolle spielte, ergibt sich aus dem Zusammenhang in meiner Arbeit, wenn auch keine direkten Beweise vorhanden sind.

48
hatte. Lucanus und Berchem, mit denen der Kaiser noch sprach — Graf Bismarck war auf Urlaub — stehen ja ebenfalls in vollster Abhängigkeit vom Kanzler. So wurde der Monarch hingehalten und mit Versprechungen genährt; ihm auch vorgeredet, der Kanzler stehe der ganzen Angelegenheit kühl gegenüber.¹⁾

Der eben angeführte Abschnitt aus den Denkwürdigkeiten Waldersee's wird durch 2 andere Stellen aus Waldersee's Brief an den Kriegsminister v. Verdy vom 14. Aug. 1889 weiter beleuchtet²⁾ (die betreffenden Citate sind weiter unten ausgezogen), welche, wie auch die eben zitierte Notiz, darüber aufklären, welche nahen Beziehungen Bismarck damals mit den Finanzkreisen gepflegt hat, und wie gerade diese Kreise gegen den Kaiser waren, nicht nur, weil letzterer in diesem speziellen Falle gegen die Zulassung der Anleihe zur Notierung war und dadurch ihre Geldinteressen zu schädigen geeignet war, sondern auch darum, weil der intimste Freund und Haupttratgeber des Monarchen — Waldersee — ausgesprochener Antisemit war.³⁾

Die zum Verständnis des Zusammenhangs anzuführenden Stellen aus dem Brief Waldersee's an den Kriegsminister vom 14. Aug. 1889 lauten: „In der Diskussion [mit Graf Herbert Bismarck am 11. Juni] brauchte der Kaiser die Wendung: „Meine militärischen Ratgeber haben mir auch gesagt,

- 1) Waldersee II, S. 56.
- 2) Waldersee II, S. 66.
- 3) Waldersee II, S. 67.
- 4) Eppstein, S. 99-101.

es sei unzulässig, den Russen ihre Finanzoperationen noch weiter zu erleichtern und ihnen damit das Geld zum Kriege gegen uns zu schaffen". Diese Äußerung veranlaßte den Kanzler zu einem kräftigen Angriff auf mich [in der Dreie]...⁽¹⁾; weiter: "... Wenn auf Grund dieser Preßmache Leute im guten Glauben mich in der Tat für den schlechten Menschen halten, zu dem unsere offiziöse Zeitung mich zu machen beliebt, und dies offen aussprechen..... so trägt die Verantwortung die Norddeutsche Allgemeine Zeitung", beziehungsweise ihre nichtwürdigen Auftraggeber, und ebenso auch dafür, wenn durch den ruchlosen Schwindel von Kriegspartei, Kriegstreiberei, Denkschriften des Chefs des Generalstabes, die Seine Majestät zum Krieg treiben sollen usw., Beunruhigung in die Gerichtenwelt gekommen ist...⁽²⁾ und schließlich: "Der ganze Preßskandal ist in Szene gesetzt, weil von Allerhöchster Stelle der Versuch gemacht worden ist, die Konversion zu verhindern, er geht also aus von Leuten, deren Geldinteressen berührt sind, also hier von der „Gruppe Bleichröder“, also Juden und Judengenossen, und auch von solchen, denen es unbequem ist, daß Seine Majestät eine eigene Ansicht zum Ausdruck und Durchführung bringt"⁽³⁾.

Bismarck selbst erklärt ja - im Brief an Boetticher vom 26. Juni⁽⁴⁾, daß er das „Vertrauen“, welches der Börsenvorstand zu ihm haben könnte, durch „vertrauliche Einwirkung

zu mißbrauchen keine Veranlassung habe. Und Waldersee sagte dem Kaiser am 11. Juni schon: „Dies [d. h. Zeitungsartikel gegen die Zulassung der Anleihe zur Notierung zu schreiben] allein hilft hier wohl nicht mehr; der Kanzler muß selbst einschreiten. Wissen die Juden, daß er entschieden dagegen ist, so lassen sie die Hände davon, sonst nicht.“¹⁾ Waldersee spricht weiter, in der Notiz — wie oben schon erwähnt — auch von den heftigen Vorwürfen des Kaisers gegenüber Herbert Bismarck, weil Bleichröder beim Kanzler aus- und einginge.²⁾

In welchem Maße der Kaiser über die wahre Sachlage in Angelegenheit der russischen Anleihe getäuscht worden sein muß, kann man aus folgender Äußerung des Kaisers ersehen, die er noch am 30. Juni gegenüber Waldersee und Graf Philipp Eulenburg gethan habe: „Es geht alles sehr gut; ich habe das Versprechen von Boettlicher und Berchem, daß die Konversionen verhindert werden, der Kanzler ist einverstanden.“³⁾ Man stelle nun neben diese Äußerung des Kaisers vom 30. Juni den oben S. 41/42 von mir angeführten Brief Boettlicher an Bismarck vom 24. Juni, aus welchem deutlich hervorgeht, daß die Regierungskreise schon damals — also eine Woche vorher — gewußt haben, daß die Notierung der Anleihe nicht zu verhindern sei, — trotz alledem aber dem Kaiser offenbar davon nichts haben mitteilen wollen. Und weiter. Obwohl der Kaiser am 5. Juli — die richtige Wiedergabe der Umstände und der Daten muß ich Waldersee überlassen —

- 1) Waldersee II, S. 54.
- 2) Ebenda.
- 3) Waldersee II, S. 58.

1) Waldersee II, S. 58, und Eppstein, S. 104.

2) Waldersee II, S. 58.

3) Waldersee II, S. 59.

bei Odde in Norwegen die schriftliche Benachrichtigung erhielt¹⁾, daß die Konversion an der Berliner Börse zugelassen sei, — der Brief Boettchers mit der Mitteilung über die Zulassung der Anleihe sowie die eingeleiteten Gegenmaßregeln in der Presse stammte vom 2. Juli —, lief gleichzeitig ein Telegramm²⁾ ein, „daß der Kanzler befohlen habe, in der „Norddeutschen“ das Publikum vor Ankauf russischer Werte zu warnen“. Der Kaiser habe wohl — so berichtet Waldersee³⁾ — die täglichen Berichte der Berliner Börse über den Stand der russischen Anleihe erhalten, er — Waldersee — aber trotz seiner Bemühung habe sie nicht zu Gesicht bekommen.

Die Konvertierungs-Angelegenheit endigte schließlich damit, daß Kaiser Wilhelm, durch die Eindrücke von der Nordland-Reise völlig in Anspruch genommen, das Interesse an ihr verlor, und sie dadurch bald in Vergessenheit geriet. —

Es traf sich, daß die Ansichten Bismarcks über die Notwendigkeit der Zulassung der Anleihe zur Notierung, aus außenpolitischen Erwägungen, sich im praktischen Gendziel mit den ~~seiner~~ Geschäftsinteressen der Finanzkreise zusammenfiel.

Daß der Kaiser nicht heute öffentlich — wenn auch indirekt durch Zeitungsartikel — gegen die Anleihe vorzugehen, erklärt sich wohl dadurch, daß er die Bestrebungen des russischen Kaisers von denjenigen der Panlawisten trennte und durch die Verhinderung der Notierung der Anleihe

1) Akten VI, S. 324.

den Panlawisten einen Mißversetzen wollte. Sodann wird der Kaiser auch die Möglichkeit erblickt haben die wirtschaftlichen Maßnahmen von den rein politischen trennen zu können; er mag hier unter Einflüssen gestanden haben, welche Meinungen vertraten, wie sie Graf Herbert Bismarck im Gespräch mit dem russischen Außenminister v. Giers letzterem gegenüber in Peterhof am 22. Juli 1888 u. a. vertreten hat: „... möchte ... hervorheben, daß die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen großer Staaten an sich miteinander nichts zu tun haben. Wir haben zur Zeit der intimsten Beziehungen zwischen Preußen und Rußland stets über wirtschaftliche Schwierigkeiten zu klagen gehabt, die sogar vor mehr als 60 Jahren zwischen den damals in engster Freundschaft stehenden Monarchen zu Sperrmaßregeln führten, von denen wir jetzt weit entfernt sind: es hat dies auf die Innigkeit des politischen Zusammenhaltens niemals zurückgewirkt und braucht das auch jetzt nicht zu tun ...“¹⁾ —

Die Behandlung der Angelegenheit der russischen Eisenbahn-Konvertierungs-Anleihe bringt neue wichtige Gesichtspunkte über den Gegensatz ^{der Ansichten} ~~über die~~ auswärtigen Politik zwischen Kaiser Wilhelm II und Bismarck. Während im Abschnitt über die Ereignisse vom Oktober 1888 bis zum April 1889 hauptsächlich festgestellt werden konnte, daß es sich beim

Kampf des Kaisers gegen die Außenpolitik Bismarcks nicht um selbständige Ansichten des Kaisers handelte, sondern im wesentlichen um den Gegensatz zwischen den Anschauungen Waldersee's und Bismarck's. Kann nun festgestellt werden, daß die internationalen Finanzkreise die Stellung Bismarcks für ihre Zwecke auszunutzen verstanden, um die Ausführung antiremitischer Maßnahmen, wie sie durch den Einfluss von Waldersee auf den Kaiser hätten erfolgen können, zu verhindern zu können.

Bismarck war aus Besorgnis, die Rumänen erneut zu erregen, — für die Zulassung der rumänischen Eisenbahn-Anleihe zur Notierung an der Berliner Börse.

Waldersee — und somit auch der Kaiser — war gegen die Zulassung zur Notierung, um nicht die panslawistische Strömung indirekt zu unterstützen, wenn auch durch verhältnismäßig nicht große Geldgeschäfte.

Die Finanzkreise, mit Bleichröder an der Spitze, wollten ihre Geschäfte machen und Bismarck gegen den ihnen unsympathischen Waldersee auspielen.

6. Der Zarenbesuch in Berlin und seine Folgen, Oktober 1889 bis März 1890.

Die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes enthält 2 Briefe Bismarcks aus

1) Waldersee II, S. 68f.

2) Waldersee II, S. 68 und 69.

2) Waldersee II, S. 69. — Durch den Eindruck, welchen jedoch bald darauf der Zar hinterließ, kam aber der Kaiser zur Ansicht, daß die Russen im Laufe des Jahres 1890 Deutschland noch nicht angreifen würden (Waldersee II, S. 71).

der Zeit unmittelbar nach dem Zarenbesuch in Berlin (Oktober 1889). Die beiden Briefe liefern aber nur einen Beitrag zur Politik Bismarcks, geben jedoch keinen Aufschluß über die Ansichten des Kaisers aus dieser Zeit. Die nötige Ergänzung zu den Berichten der Akten-Publikation liefern die Notizen Waldersee's.

Wie bereits darauf hingewiesen worden, war Bismarck dauernd darum bemüht, daß kein Krieg gegen Rußland provoziert werde, hatte der Kaiser in Bezug auf die Politik gegenüber Rußland keine feste Stellungnahme und war von den unmittelbaren Einflüssen abhängig. Am 6. Okt. 1889 notiert Waldersee¹⁾, daß der Kaiser und die Kaiserin das lange Zögern der Zaren mit dem Zegenbesuch als Unhöflichkeit empfänden, und daß der Kaiser ihm — Waldersee — gegenüber bemerkt habe, der Zar habe seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, in Kopenhagen unhöflich behandelt. Der General sagt weiter wörtlich: „Der Kaiser ist sich völlig klar, daß mit Rußland auf freundslichem Wege nichts mehr zu machen sei, er sagt: „Ich bin mit meiner Ansicht fertig, mit dem Kanzler spreche ich gar nicht mehr darüber, denn er hat seine eigene, und wir einigen uns nicht mehr.“²⁾ Bald darauf, noch unmittelbar vor dem Besuch des Zaren, notiert Waldersee am 10. Okt. über den Kaiser: „Ich hatte heute Vortrag beim Kaiser und den Kriegsminister gebeten dabei zu sein. Ich sprach über unseren Aufmarsch für 1890/91 und schlug mehrere

- 1) Waldersee II, S. 69.
- 2) Waldersee II, S. 70.
- 3) Waldersee II, S. 70 ff.
- 4) Waldersee II, S. 71.

Anderungen vor. Der Kaiser erklärte sich allem einverstanden...¹⁾ Daß die in der Notiz vom 6. Oktober erwähnte negative Stellungnahme des Kaisers gegenüber Rußland auf unmittelbaren Einfluss von Waldersee zurückzuführen ist, darauf deutet hin die Notiz Waldersee's vom 11. Okt.: „Der Zar weilt in Berlin. Ich wünschte, der Besuch wäre ganz unterblieben, denn ich fürchte, wir lassen uns abermals zu der Idee verleiten, es wäre mit Rußland noch etwas anzufangen.“²⁾ Auf Grund der Notiz vom 10. Oktober war Waldersee geeignet einen Krieg zu provozieren; der General muß sich tatsächlich auffällig benommen haben; denn er selbst erwähnt die Bemerkungen Verdy's, des Kaisers und Bismarck's,³⁾ daß der Zar ihnen gegenüber mehrfach bemerkt habe: er sei der Kriegstreiber gegen Rußland.

Was den Kaiser betrifft, so stand er unmittelbar nach dem Besuch des ~~Zaren~~ unter dem Eindruck der Erlebten und muß von dem Erfolg seiner persönlichen Einflusses überzeugt gewesen sein, wenn Waldersee am 15. Okt. notiert: „Der Kaiser sagte mir, daß er mit dem Ergebnis des Zarenbesuches sehr zufrieden sei. Die persönliche Begegnung habe wieder gute Früchte getragen, der Zar sei von Stunde zu Stunde herzlicher geworden... der Beweis [sei] geliefert, daß persönliche Berührungen gute Wirkungen hätten, man habe also die Pflicht, solche möglichst oft zu veranlassen...“⁴⁾ Den sehr befriedigenden

diegenden

1) Akten VI, S. 359-361.

2) Hofmann I, S. 76.

3) Akten VI, S. 314.

4) Akten I, S. 338-350 (Die gefälschte Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg").

5) vgl. auch die Bemerkungen Bismarcks in den "Sed. u. Grimm." III, S. 84 f.

54
befriedigenden Verlauf des Besuches bestätigt auch Bismarck in seinem Schreiben vom 15. Okt. 1889 an den Botschafter in Rom Grafen zu Solms-Losannenwalde¹⁾. Daß Kaiser Wilhelm II dem Glauben hatte, durch persönlichen Einfluß den Zaren für seine politischen Pläne zu gewinnen, das bestätigen neben Waldersee auch Hofmann²⁾ und Bismarck in der Memoranda³⁾.

Im Briefe vom 15. Okt. 1889 berichtet Bismarck vornehmlich über seine einstündige Audienz beim Zaren. Er habe wahrgenommen, daß dem Zaren Zweifel an der Aufrichtigkeit von Deutschlands Friedensliebe (unsrer Friedensliebe) beigebracht worden seien, nach Bismarcks Meinung durch Verleumdungen der Gegner Deutschlands sowohl in Rußland als auch am dänischen Hof, während des sechswöchentlichen Aufenthalts des Zaren in Dänemark. Bismarck ist jedoch vom Ergebnis seiner Unterredung befriedigt, wenn er sagt: "Mit um so größerer Befriedigung hat es mich erfüllt, auch dieses Mal wieder, wie schon im November 1887⁴⁾, konstatieren zu können, daß diese Eindrücke nicht so tief saßen, daß Seine Majestät nicht meine Aufklärungen mit vollem Vertrauen und sichtlichem Zeichen der Befriedigung entgegengenommen hätten."⁵⁾ Hinsichtlich Bismarcks weiterer Erklärung, daß das Bündnis mit Österreich keine aggressive Tendenz verfolge, und er — Bismarck — nicht die geringste Veranlassung sehe,

warum Deutschland Rußland jemals an-
greifen sollte, sagt der Kanzler: „Der Kai-
ser Alexander erklärte sich durch meine
Mitteilung höchst befriedigt und fügte
hinzu, daß er seinerseits niemals an-
greifen werde“; und zum Schluß heißt es:
„Aus der ganzen Haltung des Zaren wäh-
rend der auf meine Audienz folgenden
Zeit seiner hiesigen Anwesenheit, sowie
aus demjenigen, was er unserem allerhöch-
sten Herrn über diese Audienz gesagt,
habe ich bestätigt gefunden, daß er Ber-
lin in zufriedener Stimmung verlassen
und sich gern davon überzeugt hat,
daß die ihm zugetragenen Verdächti-
gungen unserer Politik unehrlichen
Motiven entsprangen und nur darauf
berechnet waren, uns ohne Grund zu
brouillieren“.

Bismarck sagt folglich, daß dem Za-
ren Zweifel an „unserer Friedensliebe“ bei-
gebracht worden seien. Dies kann sich nur
auf die Politik Bismarcks — nicht auf die
Waldersee's — beziehen; denn letzten
Endes hing die Frage über Krieg und
Frieden bei Deutschland — solange Bis-
marck im Amt verblieb — immer von der
letzteren einfluss ab. Von Waldersee, dem
Kriegstreiber, wußte ja der Zar, daß der
nur im kriegerischen Sinne den Kaiser
beeinflusste. Die Darstellung Bismarcks,
daß der Zar mit seinen Darlegungen
sehr zufrieden gewesen sei und dem Kanz-
ler volles Vertrauen geschenkt habe, wird
zweifelloos den Tatsachen entsprechen. Dies

1) Akten VI, S. 373/374 f.

2) Akten VI, S. 368 f.

3) Kaiser Wilhelm, S. 16.

4) Waldersee II, S. 70 (13. Okt. 1889), S. 71/72 (15. Okt.)
und S. 73 (16. Okt.). Becker sagt S. 129, daß Bismarck selbst schon am 18. Nov. 1887 dem Zaren von dem kriegerischen Absichten des preussischen Großen Generalstabes dem Zaren Mitteilung gemacht habe.

5) Waldersee II, S. 91.

59
bestätigte die Äußerung des deutschen Botschafters in Petersburg v. Schweinitz an den Reichskanzler Caprivi vom 28. April 1890, wenn er sagt: „... Sie [d. h. die Russen] wußten, daß er [d. h. Bismarck] keinen Krieg wollte, und daß er aus politischer Überzeugung taub blieb für die Klagen der baltischen Deutschen, der Lutheraner und der Kolonisten ...“¹⁾ weiter, auch die im selben Briefe vorgebrachte Bezeugung, welchen unangenehmen Eindruck die Nachricht vom Sturz Bismarcks (im März 1890) im Anitshkow-Dalair hervorgerufen habe.²⁾ (Die Bemerkung Wilhelms II in seinem Buch³⁾ über eine Äußerung des Mißtrauens der Zaren ihm gegenüber in bezug auf Bismarck — nach dessen Sturz — kann nur als Ausfluß einer Augenblicksstimmung und Courtoisie des einen Herrschers zum anderen aufgefaßt werden, jedenfalls in keinerlei Zusammenhang gebracht werden mit dem Tatbestande, daß der Zar unzweideutig einen Unterschied zwischen der Politik des Kanzlers und den Bestrebungen Waldersee's bzw. des Kaisers gemacht hat, wozu mehrere Belege vorhanden sind⁴⁾).

Der Gegensatz zwischen der Politik Bismarcks und der des Kaisers bzw. Waldersee's zeigt sich in folgendem: der Kaiser hält von einer möglichen Zuneigung Rußlands zu Deutschland nichts mehr und ist über den Aufmarschplan für 1890/91 mit Waldersee einverstanden⁵⁾. Bismarck dagegen ist bemüht beim Zaren jegliche Zweifel über Deutschlands friedliche Absichten

1) Akten VI, S. 359-361.

2) Waldersee II, S. 71/72.

3) Akten VI, S. 361f.

4) Bismarck III, S. 144f.; Hofmann I, S. 15-17;
Waldersee II, S. 72.

5) Akten VI, S. 314.

Zu zerstreuen, ist selbst davon überzeugt, daß es ihm gelungen sei,¹⁾ und habe versucht sogar — wie der Kaiser es mitteilte — dem Zaren darzustellen, daß ein Gegensatz zwischen ihm und Waldersee nicht existiere; letzteres sei nur eine Erfindung französischer Zeitungen;²⁾ das Verhalten Deutschlands gegenüber den Balkanfragen beruhe auf den Verträgen.³⁾

Nach dem Besuch des Zaren steht aber der Kaiser einige Zeit unter dem Eindruck, den der Zar hinterließ; dadurch geriet der Kaiser in Konflikt mit Bismarck, der Zurückhaltung Rußland gegenüber verlangte, und indirekt auch mit Waldersee, der gegen jegliche ernste Annäherung mit Rußland war.

Die Folge des Zarenbesuches war, daß es unmittelbar nach der Abfahrt des Zaren aus Berlin zwischen dem Kaiser und dem Kanzler zu Differenzen — diesmal schon mit persönlichem Eintrag — kam, wegen der Absicht des Kaisers dem Zaren einen zweiten, längeren Besuch abzustatten. Darüber ist aus den veröffentlichten Akten nichts zu entnehmen. Die Darstellungen Bismarck's, Hofmann's und Waldersee's stimmen aber im wesentlichen über die Differenz überein.⁴⁾ Der Kaiser — ich folge hier hauptsächlich Bismarck — habe ihm erzählt, daß er sich beim Zaren auf einen längeren Besuch angemeldet habe. Bismarck habe sich aber dagegen erklärt mit dem Hinweis darauf, daß der Zar Ruhe und Zurückgezogenheit, im Verkehr nur mit seiner Familie liebt.⁵⁾ Deshalb mußte Alexander III gegenüber

1) Akten VI, S. 314.

2) Bismarck III, S. 83/84.

Zurückhaltung geübt werden, davon sei der Kaiser unangenehm berührt gewesen.

Im Stillen habe Bismarck dabei erwogen, daß beim engen Verkehr mit dem Zaren die Gefahr nahe läge, daß politische empfindliche Punkte berührt werden könnten. Die Verschiedenheit der Charaktere würde leicht zu Verstimmungen führen, und das persönliche Entgegenkommen Kaiser Wilhelms könnte beim Zaren Mißtrauen erwecken. Dem Russen gegenüber aber wäre ein unprovokiertes Entgegenkommen nicht angebracht. (Der in der „Promemoria“ Bismarcks ausgedrückte Wunsch des Kanzlers, daß die beiden Monarchen sich „öfter“ besuchen, mögen, widerspricht nicht der hier eben behandelten Stellungnahme Bismarcks; denn in der „Promemoria“ ist nur gesagt, daß es wünschenswert sei, daß die Monarchen sich „öfter begegnen ... als es bisher der Fall gewesen“. Dieser Wunsch Bismarcks bezieht sich ~~nicht~~ auf den Verkehr zwischen Wilhelm I und Alexander III. Bismarck wünscht einen öfteren Verkehr „als bisher“ Alexanders III wegen, der sonst leicht hinsichtlich Deutschland trügerischen und tendenziösen Nachrichten glauben nehmen würde. Bismarck war vor allem gegen einen „längeren“ Besuch).

Bismarck begründet seine warnende Stimme in Bezug auf den Zaren im Hinblick auf geheime Berichte aus Petersburg, die in die Hände des Zaren gespielt worden seien und gefährlich sein müßten; Graf Hatzfeldt habe sie aus London an ihn ^{-Bismarck-} gerichtet 2).

1) Waldersee II, S. 72.

2) Bismarck III, S. 145 f.

3) Kaiser Wilhelm, S. 15 und 16.

62

Logar Waldersee erklärt sich diesmal mit Bismarcks Verhalten zum angekündigten Besuch einverstanden. Er sagt ähnlich, wie Bismarck, daß den Russen gegenüber nicht Umwerbung, sondern Zurückhaltung angebracht sei, um sie selbst herankommen zu lassen; und über den Kaiser sagt er: „... man kennt bei uns den Zaren schon gut genug, um zu wissen, daß ihm fürstliche Besuche überhaupt unangenehm sind, ganz besonders von einem so unruhigen Herrn, wie es unser Kaiser nun einmal ist...“¹⁾ Dann wird auch verständlich die Bemerkung Bismarcks, daß die zweifellos gefälschten Berichte aus Petersburg „mit Kenntnis der Situation“ geschrieben sein müßten²⁾, und daß der Besuch des Kaisers beim Zaren in Narwa und Peterhof im August 1890 zur „Verstärkung der persönlichen Verstimmung“ geführt habe (obwohl nach des Kaisers Schilderung der Besuch in Narwa befriedigend verlaufen sei³⁾).

Ohne die Besorgnisse Bismarcks genau zu kennen oder sie genügend zu beachten, glaubte aber der Kaiser — wie gesagt — durch persönlichen Einfluß den Zaren zu gewinnen, deshalb wollte er auch auf einen intimen Besuch nicht verzichten.

Ob noch unter den Eindrücken des Zarenbesuches in Berlin oder aus anderen Gründen — das habe ich nicht die Möglichkeit gehabt festzustellen — muß der Kaiser, wenigstens äußerlich, eine freundlichere Haltung Rußland gegenüber eingenommen haben, denn am 4. Dez. 1889 notiert Waldersee mit Unwillen:

- 1) Waldersee II, S. 81.
- 2) Waldersee II, S. 76.
- 3) Waldersee II, S. 83
- 4) Waldersee II, S. 93, 94, 115/116, 117, 119.
- 5) Waldersee II, S. 94.

68

„Der Kaiser ist zweifellos völlig in das russische Lager eingerückt, dank der Genicklichkeit des Kanzlers...“¹⁾ Dieses „Einwücken in das russische Lager“ wird jedoch nur eine Schlaueit des Kaisers gegenüber Bismarck gewesen sein, wie auch die „Kriegsbereitbaft“ des Kanzlers wohl nur eine Schlaueit gegenüber dem Kaiser gewesen ist; denn schon am 13. Nov. notiert der General: „... Ganz wenige Personen nur ahnen, wie schwach er [Bismarck] diesem [d.h. dem Kaiser] gegenüber ist, aus Sorge vor einem Konflikt, der zum Abbruch führen könnte. Der Kaiser weiß dies und behandelt den Kanzler ganz geschickt. Er folgt ihm in vielen Dingen, hält sich aber in anderen unbedingt selbstständig.“²⁾ Der Entschluß des Kaisers im Sommer 1890 nach Krasnoje zum Besuch zu fahren — Notiz vom 2.3. Dez. 1889³⁾ — deutet nur darauf hin, daß er Vertrauen zum Zaren hatte, was — wie gesagt — sich aber nicht auf die Politik Rußlands zu beziehen hat.

In der folgenden Zeit, bis zu Bismarcks Sturz lauten die Äußerungen des Kaisers über Rußland — nach Waldersee — ungünstig.⁴⁾ Der Kaiser hält den Zaren und seinen Onkel Nikolaus für die Einzigen, die noch Sympathie für Deutschland hätten, — Notiz vom 18. Jan. 1890 (Waldersee versteht die Worte „Sympathie“ für uns nicht auf Deutschland bezogen, sondern nur auf den Kaiser);⁵⁾ am 25. März klagt Kaiser Wilhelm auch schon über den Zaren: der Zar habe sich in „wegwerfenden Ausdrücken“ über ihn geäußert; er gehe darum unter keinen Umständen

- 1) Waldersee II, S. 175/176. Die „wegwerfenden Ausdrücke“ beziehen sich auf die Mitteilungen Bismarcks über die „geheimen Berichte aus Petersburg“ (Bismarck III, S. 83-85).
- 2) Waldersee II, S. 96.

nach Krasnojé^D. Nach der Notiz Waldersee's vom 22. Jan. 1890 sei jedoch Bismarck für eine Reise nach Rußland gewesen, „da man sich immerhin eine Wirkung auf Kaiser Alexander versprechen können, wenn diese auch nicht lange vorhalte“²⁾.

Aus dem Abrchnitt über den Zarenbesuch in Berlin im Oktober 1889 ist zu entnehmen, daß, während der Kaiser noch unmittelbar vor dem Besuch des Zaren unter Waldersee's Einfluß gegen Rußland eingenommen war, er nach dem Besuch für intimere Beziehungen zu Alexander III schwärmte, so daß er mit Bismarck in Konflikt geriet, weil letzterer bei zu intimen Beziehungen unvorsichtige Äußerungen des Kaisers befürchtete. Daß Waldersee ebenfalls gegen einen solchen Besuch war, kann nicht wundernehmen. Der Eindruck vom Besuche hinderte den Kaiser jedoch nicht seit dem Januar 1890 wieder mit Äußerungen der Abneigung gegen Rußland und seit dem März auch gegen den Zaren hervorzutreten.

Was Bismarck betrifft, so lebte er der Überzeugung, daß der Zar zu ihm Vertrauen habe, um so mehr, als Alexander III einen Unterschied zwischen der Politik des Kanzlers und den Bestrebungen Waldersee's machte.

Während Bismarck zur Zeit der russischen Konvertierungs-Angelegenheit als der vorsichtige Diplomat auftrat, der alles vermeiden wollte, was der panslawistischen

1) Akten VII, S. 362 f. — Die nämlichen Berichte waren bekanntlich die unmittelbare Veranlassung zur scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und Bismarck, welche zur Entlassung des Kanzlers führte. Welchen Einfluß dabei gerade Waldersee auf die Meinungsbildung des Kaisers, Bismarck verheimliche ihm gegenüber Berichte über die tatsächlichen Zustände in Rußland, ausgeübt haben muß, darauf macht Rachfahl (S. 30-32) aufmerksam. Den ganzen Winter 1889/90 hindurch habe Waldersee schon — im Gegensatz zur entgegengesetzten Ansicht Bismarcks — den Kaiser bei der Ansicht erhalten, daß der Krieg unvermeidlich sei. Auf Grund der Notiz Waldersee II, S. 85 erklärt Rachfahl (S. 32), daß für Waldersee zuletzt die Aufgabe, Bismarcks Einfluß auf den Kaiser zu bereinigen, mit der, diesen von der russischen Kriegsgefahr zu überzeugen, verschmolz. Waldersee seinerseits verweist aber auf die Aufforderung, welche Holstein ihm gegenüber gemacht habe.

2) Akten VII, S. 364.

3) Waldersee II, S. 117 und 119.

65
Bewegung neuen Agitationsstoff hätte liefern können, erscheint er nun als der geübtere Politiker, der auch aus den leiseren Regungen des Seelenlebens des Zaren die notwendigen Folgerungen für die auswärtige Politik Deutschlands zu ziehen verstand, — eine Eigenschaft, welche Kaiser Wilhelm II abging.

7. Die Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew, März 1890.

Die letzte Differenz, welche der Kaiser mit Bismarck als Reichskanzler über die Außenpolitik hatte, war veranlaßt worden durch die Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew über die russischen Rüstungen, deren 5 militärischen Inhalts Bismarck am 16. März 1890 dem Kaiser hatte vorlegen lassen.¹⁾ Es handelte sich bei der Differenz, auf Grund der erwähnten Berichte, um die verschiedene Auffassung über die Nähe der Kriegsgefahr für Deutschland wegen der Bedrohung Oesterreichs von Seiten Rußlands. Der Kaiser schloß aus den Berichten, daß die Russen im vollen militärischen Aufmarsch seien.²⁾ Waldersee berichtet in der Notiz vom 17. und 19. März,³⁾ daß der Kaiser die Meinung geäußert habe, die Russen beabsichtigten in Bulgarien einzurücken und wollten seine, des Kaisers, Zustimmung haben; er werde aber dies nicht erteilen.

In seinem Schreiben vom 17. März 1890 an den Kaiser¹⁾ erklärt aber Bismarck, daß der Aufmarsch der Russen schon seit Beginn des Jahres 1887 in Gang sei, trotz alledem der Friede nicht nur 3 Jahre lang erhalten, sondern sogar die Beziehungen zu Rußland bedeutend bessere geworden seien. Er rate von einer Warnung der Österreicher ab im Hinblick auf die 1887 vom deutschen Militärattaché in Wien auf eigene Initiative unternommene Einwirkung, welche beim Zaren „eine erhebliche, vielleicht noch heute nicht überwundene Verstimmung“ hervorgerufen habe²⁾. Die Beziehungen zu Rußland seien, insbesondere seit dem Oktoberbesuch des Zaren und infolge der neuesten Mitteilungen Schuwalows³⁾ so gute, daß ein Mißtrauen nicht angebracht sei. Der Kaiser selbst habe ihm gegenüber in den letzten Monaten wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß der russische Aufmarsch „nichts direkt Beunruhigendes für Deutschland“ habe.

8. Der Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland.

Weit bedeutungsvoller, als der Streit um die Berichte des Konsuls Raffauf in Kiew, ist für die Feststellung der Auffassungen Bismarcks und des Kaisers über die außenpolitische Lage der Streit um

1) Akten VI, S. 364-366.
 2) vgl. Bismarck III, S. 135.
 3) vgl. Akten VII, S. 3 f.

- 1) Waldersee II, S. 375, auch 376.
- 2) Vom Vertrage wußten i. J. 1890 der Kaiser, Bismarck, Caprivi, Graf Herbert Bismarck, Fh. v. Marschall, die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes und General von Schweinitz (Akten VII, S. 3, 4, 10 und 11). Die Mitteilung, die Graf zu Rantzau am 20. Dez. 1887 (Akten VI, S. 63) macht, daß nämlich Bismarck von Kaiser Wilhelm I eine spezielle Erlaubnis einholte dem Feldmarschall Grafen Moltke persönlich eine Mitteilung vom Vertrage zu machen, was aber nur auf ihn, nicht auch auf die Mitglieder des Großen Generalstabes sich bezog, bestärkt mich darin, daß Waldersee 1890 den Vertrag nicht gekannt haben wird.
- 3) Bismarck III, S. 90, 101 und 105; vgl. Hofmann I, S. 106, 114 ff. Kaiser Wilhelm, S. 279-281.

die Frage über die Notwendigkeit der Verlängerung des geheimen am 18. Juni 1887 auf 3 Jahre abgeklonenen deutsch-russischen Vertrages, des sog. Rückversicherungsvertrages.

Unter den veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes ist kein Schriftstück aus der Zeit von 1888 bis zum 20. März 1890 vorhanden, welches auf den Rückversicherungsvertrag Bezug nehmen würde.

Waldersee erwähnt den Rückversicherungsvertrag mit keinem Wort, macht auch nicht die geringste Andeutung über das Bestehen eines geheimen Vertrages mit Rußland. Erst in der Notiz vom 31. Okt. 1896 behandelt Waldersee den Vertrag¹⁾, nachdem der in den „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Oktober erstmalig vor der Öffentlichkeit behandelte Vertrag allgemeine Erregung verursacht hatte, — ein Beweis, daß Waldersee — trotz seiner intimen Freundschaft mit dem Kaiser — über den Vertrag nichts eröffnet worden sein muß.²⁾

Erst vom 20. März 1890 an — dem Tage der Entlassung Bismarcks — treten aus den Akten Schriftstücke entgegen, welche den Vertrag behandeln.

Daß Bismarck entschieden für die Verlängerung des Vertrages gewesen ist, darauf weisen sowohl seine eignen Äußerungen in seinem Werke als auch die seiner Freunde wie seiner Gegner hin.³⁾ Aus den beiden Briefen Herbert Bismarcks an den Kaiser vom 20. März und aus den Randbemerkungen des Kaisers zu ihnen geht hervor, daß bis zur Entlassung Bismarcks zwischen dem Kaiser und

1) Akten VIII, S. 3 f.

2) Die Alsfahrt nach Petersburg fand am 10. Febr. 1890 statt.

3) Die Angaben über Gorjainow habe ich nur der Akten-Publikation entnehmen können (Akten VIII, S. 3).

68

Bismarck hinsichtlich der Frage der Verlängerung des Vertrages keinerlei Differenzen bestanden haben.¹⁾ Die Mitteilung Herbert Bismarcks, daß Graf Schuwalow ihm am Tage vorher, d. h. nach der Rückkehr des russischen Gesandten aus Petersburg, die Ermächtigung des Zaren vertraulich mitgeteilt habe den Vertrag auf 6 Jahre zu verlängern, hat der Kaiser mit der Randbemerkung: „Einverstanden“ versehen und am Kopf des Schriftstückes die Bemerkung gemacht: „Einverstanden mit Erneuerung des Vertrages und ermächtigt Sie das Schuwaloff mitzuteilen 20. III. 90“. Im zweiten Brief erwähnt Herbert Bismarck, daß der Kaiser noch vor der Alsfahrt Schuwalows nach Petersburg²⁾ den Kanzler ermächtigt habe dem russischen Botschafter auf dessen vertrauliche Anregung mitzuteilen, daß der Kaiser geneigt sei den Vertrag zu erneuern. Die weitere Mitteilung des Grafen Bismarck, daß Schuwalow infolge der Nachricht vom bevorstehenden (im ersten Briefe), wie auch erfolgten Rücktritt Bismarcks (im zweiten Briefe) erklärt habe, daß russischerseits auf den Vertrag verzichtet würde, weil eine „so geheime Angelegenheit mit einem neuen Reichskanzler nicht verhandelt werden könne“, hat der Kaiser beidemal mit der Randbemerkung „warum?“ versehen. (Nach Gorjainow, Seite 340 ff.³⁾ habe Schuwalow auf Grund von eigener Mitteilung des Gesandten — nicht gesagt, daß der Zar nun auf die Verlängerung verzichte,

1) Bismarck III, S. 101.

2) Akten VII, S. 41/42; Hofmann I, S. 99 ff.

3) Akten VII, S. 43.

4) Kaiser Wilhelm, S. 45.

5) Nach Akten VII, S. 10/11 fand die Unterredung mit Caprivi am 27. März statt.

sondern, das er, Schuwalow, infolge der Entlassung Bismarcks neue Befehle einzuholen hätte.) Bismarck sagt über die Verhandlungen mit Schuwalow: „Am 19. März ... war mein Sohn Herbert bei Schuwalow. Letzterer sagte in dem Bemühen, ihn zum Bleiben zu bewegen, wenn er und ich abgingen, so würden die Geröffnungen, mit denen er beauftragt sei, ins Wasser fallen.“¹⁾

Kaiser Wilhelm muß später, im Jahre 1896, als durch eine Indiskretion Bismarcks in den „Hamburger Nachrichten“ über den Vertrag ein Artikel erschien²⁾, vergessen haben, daß er die erwähnten Randbemerkungen gemacht hat; denn im Telegramm vom 28. Okt. 1896³⁾ an Kaiser Franz Joseph infolge dieser Veröffentlichung, macht der Kaiser eine Andeutung, daß der Oesterreichische Kaiser wohl jetzt wisse, warum er den Kanzler entlassen habe. Daß Kaiser Wilhelm hier dem Kaiser Franz Joseph eine bewußte Unwahrheit hat sagen wollen, mag sich nicht annehmen. Und wiederum muß Kaiser Wilhelm II, als er 1929 sein Buch erscheinen ließ, gar nicht zum Beußtsein gekommen^{sein}, daß er 1890 die oben erwähnten Randbemerkungen gemacht und 1896 das Telegramm an den oesterreichischen Kaiser abgerandt hat. Der Kaiser bemerkt selbst in seinem Buch⁴⁾, daß der Vertrag erst infolge von Caprivi's Widerstand hinfällig geworden sei⁵⁾ — also schon nach der Entlassung Bismarcks.

Der Kaiser erzählt weiter, daß er in

- 1) Kaiser Wilhelm, S. 45.
- 2) Akten VII, S. 4-10.
- 3) Akten VII, S. 10/11.
- 4) Kaiser Wilhelm, S. 45.
- 5) Akten VII, S. 10 (Anmerkung).
- 6) Eckardstein III (die Isolierung Deutschlands), S. 18/19.

der Abneigung gegen die Erneuerung des Vertrages durch eine Denkschrift des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen Berchem bestärkt worden sei.¹⁾ Hier kann es sich nur um die „Aufzeichnung“ des Grafen Berchem handeln, welche erst vom 25. März datiert ist.²⁾ Entscheidend aber für den Entschluß des Kaisers muß erst die Unterredung mit Caprivi und dem deutschen Botschafter in Petersburg General von Skwizniz gewesen sein, worüber Caprivi selbst eine „Aufzeichnung“ hinterlassen hat.³⁾ Daß die Erneuerung des Vertrages erst nach der Unterredung des Kaisers mit Caprivi „hinfällig“ geworden sei, darauf weist — wie gesagt — der Kaiser selbst in seinem Buch hin;⁴⁾ Caprivi habe erklärt, den geheimen Vertrag mit Rußland „schon in Rücksicht auf Österreich nicht mehr erneuern zu können, da die darin enthaltene Spitze gegen Österreich bei seinem kaum vermeidbaren Bekanntwerden in Wien zu recht unangenehmen Konsequenzen zu führen geeignet sei. So wurde der Vertrag hinfällig“. Die treibende Kraft gegen die Verlängerung des Vertrages scheint jedoch Herr von Holstein gewesen zu sein.⁵⁾ Eckardstein weist direkt auf die Rolle Holsteins hin.⁶⁾ Darnach habe gerade er die Ansicht vertreten, daß der Geheimvertrag mit Rußland mit den anderen Verträgen nicht vereinbar sei.

Bismarck hielt den Vertrag nicht für eine Loyalität gegenüber Österreich. Darauf deutet hin die Betrachtung

1) Becker, S. 103 f.

2) Waldersee II, S. 375/376

71
Bismarcks, die er dem vortragenden Rat im Auswärtigen Amte Grafen von Rantzau niederschreiben ließ, von welcher O. Becker einen Auszug im Wortlaut wiedergibt¹⁾. Bismarck meint hier, daß Kaiser Franz Joseph selbst für den Vertrag sein würde, wenn er davon was erfähre; denn die Beziehungen zu Österreich seien sowieso auf breiterer Grundlage aufgebaut, als diejenigen zu Rußland, weshalb der Geheimvertrag mit Rußland die deutsch-österreichischen Beziehungen nicht gefährden könne.

Die Notizen Waldersee's über den Rückversicherungsvertrag vom 31. Oktober, 2. und 11. November 1896 weisen hin auf die nun völlig veränderte Stellungnahme Waldersee's zur russischen Politik Bismarcks gegen Ende seiner Kanzlerschaft. Waldersee notiert, daß, gegenüber dem Entsetzen des Kaisers über den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ und gegenüber der Besorgnis, die Deutschland feindlichen „unter klerikaler Führung stehenden Elemente in Österreich“ könnten nun maßgebenden Einfluß gewinnen, er erkläre (Notiz vom 31. Okt. 1896): „... Gerade weil diese Elemente vorhanden sind, hat Bismarck durch seine Abmachung mit Rußland doppelt klug gehandelt. Ich fürchte, der Kaiser, durch fanatische Bismarckhauer beraten, kann leicht irgend einen Schritt tun, der ihm nachher leid ist“²⁾. Weiter sagt Waldersee (2. Nov. 1896): „Viele Zeitungen beginnen sich über ihr Verhalten in der Enthüllungsangelegenheit

der „Hamburger Nachrichten“ zu schämen. Sie haben in ihrem fanatischen Haß nicht begriffen, daß die Abmachung mit Rußland einer der geschicktesten Coups gewesen ist, die Bismarck je gemacht hat. Er hat uns den Frieden gesichert, Caprivi hat das französisch-russische Bündnis verkhudet und den Frieden gefährdet, „Und nun noch als dritte Notiz (11. Nov.): „Ich täuschte mich. Die Dreyßfelde gegen den Fürsten Bismarck geht lebhaft weiter, man will wohl den Kaiser nun für alle Zeiten mit Bismarck entzweien. Bezeichnenderweise gesellt sich den alten Reichs- und Bismarckfeinden (Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum) die ganze Schar der vom Auswärtigen Amte benutzten Zeitungen“¹⁾. Aus den Zitaten ersieht man, wie eingenommen nun Waldersee von der Politik Bismarcks gegenüber Rußland ist. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß Waldersee, wenn er vom Vertrage mit Rußland Kenntnis gehabt hätte, er während der Kanzlerschaft Bismarcks unter Kaiser Wilhelm II nicht eine so radikal Bismarck-feindliche Politik getrieben hätte. Verständlich wird nun auch, warum Kaiser Wilhelm II bis zum Abgang Bismarcks am 20. März 1890 ohne weiteres für die Verlängerung des Vertrages war, während er sonst gegen die russische Politik Bismarcks war: Waldersee hatte eben keine Kenntnis vom Vertrage; folglich hatte der Kaiser auch nicht die Möglichkeit sich mit ihm darüber zu beraten; so war denn für den Kaiser

1) Waldersee II, S. 376.

1) Hofmann I, S. 16.

2) Daß dem Kaiser schon von seinem Regierungsantritt an — aus Rücksicht auf Österreich — der geheime Zusatzartikel zum Rückversicherungsvertrag „Unbehagen“ verursacht haben könnte, wie Haake (S. 39) es behauptet, widerlegt nicht die Tatsache, daß bis zur Entlassung Bismarcks keine Meinungsverschiedenheiten über die Erneuerung des Vertrages bestanden haben; der Kaiser selbst erwähnt — wie gesagt, — daß er erst unter Caprivis und Borcherss Einfluß gegen die Erneuerung des Vertrages gestimmt wurde.

73
allein maßgebend der Wunsch Bismarcks im Sinne der Verlängerung des Vertrages. Erst, als Bismarck fort war, hatten auch die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes die Möglichkeit auf den Kaiser im vertragsfeindlichem Sinne einzuwirken.

(Daß der Kaiser anfangs deswegen für die Verlängerung des Vertrages war, weil er nicht die Möglichkeit hatte sich mit Walderssee darüber zu beraten, besagt nicht, daß er im entgegengesetzten Fall gegen die Verlängerung gewesen sein würde, sondern umgekehrt: Walderssee, und damit auch der Kaiser hätten wahrscheinlich den Widerstand gegen die russische Politik Bismarcks aufgegeben).

„Der Umstand, daß sich seine russischen Hoffnungen nicht verwirklichten, bildete den Ausgangspunkt der späteren Weigerung, den so vorteilhaften Neutralitätsvertrag mit dem Zarenreiche zu erneuern“¹⁾; so urteilt H. Hofmann über die Tatsache, daß der Kaiser nach der Entlassung Bismarcks so schnell auf die Zuflüsterungen der Gegner des Vertrages einging.²⁾

9. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England von 1888 bis 1890.

Bemerkungen über Meinungsverschiedenheiten allgemeiner politischer Charakter zwischen dem Kaiser und Bismarck über England in der Zeit von 1888-1890 treten

1) Akten IV, S. 413 f.

2) Bismarck III, S. 147-152.

aus den Akten nicht hervor.

Auch die Austausch-Verhandlungen mit England über Helgoland waren bis zum Sturz Bismarcks noch im Anfangsstadium. Aus dem Brief des Grafen Berchem an Bismarck vom 21. Juni 1889^D geht das hohe Interesse hervor, welches der Kaiser den Verhandlungen über Helgoland entgegenbringt. Auf Grund des Briefes Bismarcks an das Auswärtige Amt vom 23. Juni 1889 und den Randbemerkungen zum Briefe Herbert Bismarcks an den Grafen Berchem vom 21. Juni - wird Bismarck mit einem Austausch einverstanden gewesen sein, da es sich damals um den Erwerb von Helgoland gegen Deutsch-Südwestafrika handelte; er wollte nur eine englische Initiative abwarten. Heftig erklärt sich aber Bismarck nach seinem Sturz gegen den vollzogenen Austausch Sansibar's gegen Helgoland,²⁾ weil er Sansibar für Deutschland für bedeutend wertvoller hält als Helgoland.

III. Teil.

Schlußübersicht.

Ich stehe am Schluß meiner Arbeit. Gebe noch zusammenfassend die Hauptergebnisse meiner Arbeit wieder.

1) Waldersee I, S. 222/223 (6. Dez. 1882).

75

Als Prinz trat der nachmalige Kaiser Wilhelm (II) in den Dienst des Auswärtigen Amtes. Schon sehr frühzeitig (etwa seit 1882) begann auch die Freundschaft mit General Grafen von Waldersee^D, und der Einfluß des letzteren in militärischen und politischen Angelegenheiten auf den Prinzen. Seit 1887 geriet Prinz Wilhelm in Gegensatz zu Bismarck, weil — aus Anlaß der russischen Truppenverschiebungen an der österreichischen Grenze — die deutschen Militärkreise unter Führung Waldersee's mit Hilfe des Prinzen Einfluß auf die Politik zu gewinnen suchten und durch ihre Angriffslust gegen Rußland und Frankreich einen Krieg heraufzuberufen geeignet waren. Im Mai 1888, als Prinz Wilhelm schon Kronprinz war, sandte Bismarck an ihn einen in vorwurfsvollem Ton gehaltenen Brief und drängte ihn zu größerer Zurückhaltung in ausenpolitischen Angelegenheiten.

Als Kaiser unternahm Wilhelm II — bald nach seinem Regierungsantritt —, im Juli 1888 eine Reise nach Petersburg, wie er selbst sagt, auf Veranlassung Bismarcks. Letzteres ist zum Teil dadurch zu erklären, daß der Kaiser aus taktischen Erwägungen dem Kanzler zum Schein manchmal entgegenkommen wollte, zum Teil auch dadurch, daß der Kaiser in den Einfluß seiner Persönlichkeit glaubte.

Trotz des befriedigenden Eindrucks über den Faren, geriet der Kaiser schon im Herbst desselben Jahres wieder unter den politischen Einfluß Waldersee's und gewann die Überzeugung, daß der Krieg mit Rußland spätestens bis Anfang des Jahres 1890 ausbrechen würde; während aber Bismarck wohl mit einer Bereitschaft Rußlands zum Kriege (Anfang 1890) nicht aber unbedingt mit der Ausführung eines Angriffskrieges von Seiten Rußlands rechnete.

In der Folgezeit entwickelten sich die Stimmungen Waldersee's und des Kaisers in der Beziehung, daß, während Waldersee noch im Sommer 1888 nicht zugeben wollte, er sei „der schlechte Ratgeber“ des Kaisers, er schon im April 1889 sich nicht scheut seine Aufmarschpläne dem Kaiser zu entwickeln; der Kaiser wird ihm zweifellos seine „volle Zustimmung“ gegeben haben.

Die Angelegenheit der russischen Eisenbahn-Konvertierungs-Anleihe im Juni 1889 diente in vollem Maße dem Gegensatz der Ansichten über Rußland zwischen Kaiser und Kanzler auf. Der Kaiser — unter Einfluß Waldersee's — war gegen die Zulassung der Anleihe zur Notierung an der Berliner Börse, weil er im entgegengesetzten Falle eine Stärkung der panslawistischen Strömung auf Kosten Deutschlands befürchtete; Bismarck war für die Zulassung der Anleihe zur Notierung,

weil er die russischen Nationalisten nicht erneut aufstacheln wollte und die Bereicherung Russlands mit Hilfe der Anleihe für zu geringfügig hielt. Die Konvertierungsangelegenheit zeigt aber auch, welchen ungeheuren Einfluß die Finanzkreise unter Führung Bleichwäders, wenn auch vielleicht nicht so sehr auf die politischen Ansichten Bismarcks, so doch auf deren letzte Entscheidungen ausübten.

Der Zarenbesuch in Berlin im Oktober 1889 und seine Folgen bringen neue Gesichtspunkte. Vor dem Besuch war der Kaiser scharf gegen Rußland gestimmt; unmittelbar nach dem Besuch war er dermaßen unter dem Eindruck des Besuches, daß er intimere Beziehungen mit dem Zaren anknüpfen wollte. Bismarck war gegen solche intime Beziehungen, denn er rechnete mit der Möglichkeit unbedachter politischer Äußerungen des Kaisers dem Zaren gegenüber und hegte den Wunsch, Rußland selbst möchte an Deutschland herankommen, nicht umgekehrt. Und Waldersee war gegen jegliche Umwerbung Russlands. Bismarck aber hatte die Überzeugung, daß der Zar ihm (Bismarck) sein Vertrauen schenke, weil der einen Unterschied zwischen der Politik des Kanzlers und den Bestrebungen Waldersee's zu machen verstehe.

Anfang des Jahres 1890 war der Kaiser wieder ganz unter Waldersee's Einfluß und im März kurz vor der

Entlassung Bismarcks sogar — auf Zuflüsterungen Waldersee's — der Meinung, das der Kanzler ihm über die wahre Stimmung in Rußland täuschen wolle. Bismarck dagegen wies darauf hin, daß der Kaiser eine unrichtige Vorstellung über die Verhältnisse in Rußland erhalten habe und daß die Beziehungen zu Rußland im Gegenteil in den letzten Jahren bessere geworden seien.

Die Frage der Erneuerung des geheimen „Rückversicherungsvertrages“ mit Rußland ist während der Amtszeit Bismarcks nicht Gegenstand von Meinungsverkchiedenheiten zwischen Kaiser Wilhelm II und Bismarck gewesen. Erst nach der Entlassung Bismarcks wird der Kaiser infolge von Caprivi's Widerstand, der in der Existenz des Vertrages eine Illogalität gegenüber Oesterreich erblickte, auf die Erneuerung des Vertrages verzichtet haben. Bismarck hielt den Vertrag nicht mit dem österreichischen Bündnis für unvereinbar.

In den Notizen vom Jahre 1896 über den Rückversicherungsvertrag ist Waldersee von der russischen Politik Bismarcks sehr eingenommen, ein Beweis, daß sein heftiger Widerstand gegen die Politik Bismarcks in dessen letzten Amtszeit sich dadurch erklärt, daß er vom Vertrage keine Kenntnis gehabt haben wird.

